

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Illustration: Matthias Berghahn

## Schwerpunkt

Energiekonzerne und Investmentfirmen steigen vermehrt in die Produktion von Bioenergie ein. Für die Bauern gilt es, die Gewinne nicht aus der Hand zu geben. **Seite 12-13**

## Rumänien

Jahrelang wurde Rumänien von Gentechnik-Konzernen als Spielwiese missbraucht. Mit dem EU-Beitritt muss das Land den GVO-Anbau unter Kontrolle bringen. **Seite 17**

## CMA wofür?

Bald wird sich das Bundesverfassungsgericht mit dem Absatzfonds befassen, aus dem sich die CMA maßgeblich finanziert. Bei CMA und DBV sorgt das für Unruhe. **Seite 3**



## Die Seite 3

Absatzfonds „bloße Mittelbeschaffung“? ..... 3

## Agrarpolitik

Transparenz in Grenzen ..... 4

Uneinigkeit über Veröffentlichung der Agrarzahungen

WTO: Wie geht's weiter? ..... 5

## Milch

A faire Milch ..... 6

Neues Fairmilchprojekt in Österreich

Campina greift nach Omega 3 ..... 7

Upländer Fair-Milch wächst ..... 7

Alnatura führt Aufpreissystem ein

## Bewegung

„Die ich rief, die Geister...“ ..... 8

Mit Goethe gegen Freisetzung

Schweizer diskutieren EU-Tiertransporte ..... 8

## Märkte

Neuer Kampf um BVVG-Flächen ..... 10

Biobauern diskutieren Werte – im Ausland ..... 11

## Schwerpunkt Nachwachsende Rohstoffe

Biogas geht an die Börse ..... 12

Interesse bei Investmentbankern geweckt

„Panorama“ macht Pflanzenöl schlecht ..... 12

Natur in den Tank ..... 13

Biokraftstoffe an die Börse

Qualitätsanforderungen bei Pflanzenölkraftstoff steigen ... 13

## Nachbau

Von Justitia frisch auf den Tisch ..... 15

Urteil zu Auskunftsverfahren, Gebührenhöhe, Informationspflicht

## Gentechnik

Gift im Genmais ..... 14

Forschungsergebnisse geben Anlass zu Zweifel an Sicherheit

Feldbefreiung mit Bachmusik ..... 16

Luftballons für gentechnikfreie Landwirtschaft ..... 16

Wer kontrolliert den Anbau genmanipulierter

Pflanzen in Rumänien? ..... 17

## Nachruf

Traugott Kappler ..... 18

## Weitere Themen

Aus Feld, Stall und Umfeld zu Besuch bei Georg Glöckle und bei Gysy von Bonin, Seite 9; Leserbrief, Seite 18-19; eine Bäuerin erzählt, Seite 19; Lesen & Schauen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

## Impressum

**b** unabhängige  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

**Verlag/Abowerwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

**Satz:** Gebr. Wilke GmbH, Hamm

**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Ackern und pflügen muss der Bauer alleine. Wenn es aber ans Ernten geht, finden sich viele, die profitieren möchten. Das scheint bei der Biogasproduktion nicht anders zu sein. Nach einer von der Gaswirtschaft erstellten Studie ist für den Biogasmarkt in Zukunft mit einem Umsatz von jährlich 15 Mrd. Euro zu rechnen. Das sind etwa dreißig Prozent des heute in der Landwirtschaft erzielten Umsatzes. Im Vergleich: Der gesamte Milchmarkt hat einen Umsatz von lediglich 9 Mrd. Euro.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sich viele neue Investoren für das Geschäftsfeld Biogas interessieren. Die neu einsteigenden Profiteure haben dabei mit Landwirtschaft meist so rein gar nichts zu tun. Unter dem Motto „Grüner Strom für schwarze Zahlen“ werden Anlegern hohe Renditen bei kurzer Kapitalbindung angeboten. Bei Mindestbeteiligungen von 50.000 Euro und dem Hinweis auf die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung wird schnell klar, dass vor allem finanzstarke Investoren angesprochen werden sollen.

Dabei ist die nachhaltige Energieversorgung durch Biogas ein gesellschaftliches Anliegen. Denn wie kaum eine andere Form der Energieproduktion hat sie das



## Kommentar

## Biogas in Bauernhand

Potential, aufgrund ihrer dezentralen Strukturen neben der reinen Energieproduktion Arbeits- und Lebensräume zu erhalten und neue zu schaffen. Sie hat das Potential, landwirtschaftlichen Betrieben neue Perspektiven zu eröffnen und die ländlichen Regionen attraktiv zu erhalten.

Von den derzeit geplanten Biogasparcs mit Leistungen von 2 MW und mehr, die jährlich über 1.000 ha an Fläche zur Rohstoffproduktion bedürfen, können diese Impulse jedoch nicht ausgehen. Sie sind reine Spekulationsobjekte. Ohne Bauern, die sich selbst zu Rohstofflieferanten degradieren und sich in 20-jährigen Verträgen zu Leibeigenen der Konzerne machen, haben diese keine Chance, am Markt zu bestehen.

Wir stehen an einem Scheideweg. Für die Zukunft muss sichergestellt werden, dass Landwirte als selbstständige Unternehmer Biogas produzieren können. Die Voraussetzungen hierfür sind gut. Der im Erneuerbare-Energien-Gesetz festgeschriebene Staffelpreis ist bei Anlagen kleiner und mittlerer Leistung höher als bei Großprojekten. Darüber hinaus haben bäuerliche Anlagen den Vorteil einer besseren Wärmenutzung. Durch die Integration in den viehhaltenden Betrieb können die anfallenden Substrate (Mist und Gülle) direkt eingesetzt werden. Zusammen mit den auf hofnahen Flächen angebauten Energiepflanzen entsteht außer Gas ein interessanter Wirtschaftsdünger, der auf die Felder ausgebracht zu einer ökologischen Kreislaufwirtschaft führt.

Die Befürchtungen, dass in Zukunft Mais die das Landschaftsbild dominierende Pflanze werden wird, kann man getrost übergehen. Die Entwicklungen der kommenden Jahre werden zu neuen Energiepflanzen führen, und zwar ohne Gentechnik. Anders als der für die Fütterung konzipierte Mais werden diese die Anforderungen einer abwechslungsreichen Fruchtfolge bei hoher Biomasseproduktion besser erfüllen.

Auf der Suche nach neuen Einkommensquellen, der regionalen Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung nimmt die landwirtschaftliche Biogasproduktion einen zentralen Platz ein. Dabei ist unternehmerisches Geschick gefragt. Nur wer – allein oder in einem Zusammenschluss mit anderen – die Verantwortung für Finanzierung und Betrieb der Anlage übernimmt, kann die eigene Unabhängigkeit sicherstellen. Betriebswirtschaftliches Handeln und unternehmerisches Geschick sind hierbei genauso gefragt wie in der Schweine- und Rinderhaltung oder im Ackerbau.

In den kommenden Jahren muss es gelingen, Landwirte zu den Nutznießern der Biogasproduktion zu machen. Es kann nicht sein, dass Großkonzerne auf Kosten der Landwirtschaft ihre Kassen füllen und Bauern zu Rohstofflieferanten machen.

Horst Seide, AbL-Mitglied aus dem Wendland, betreibt dort auf seinem NEULAND-Betrieb seit rund 10 Jahren eine Biogasanlage

# Absatzfonds „bloße Mittelbeschaffung“?

Verwaltungsgericht Köln hält Absatzfondsgesetz für verfassungswidrig. Es kommt Bewegung in die Diskussion

Gutes über die CMA ist von Bauern und Bäuerinnen selten zu hören. 120 Millionen Euro nimmt die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH jährlich in die Hand, davon 70 bis 90 Mio. Euro an Bauerngeldern. Aber ob das, was dabei herauskommt, der Landwirtschaft hilft, steht in den Sternen. Die vielen Werbemaßnahmen fallen zwar auf, aber ob sie mehr erreichen, als dass die CMA bekannt wird, bezweifeln auch Marketingexperten. Doch alle Kritik prallte ab, an der CMA selbst, am Deutschen Bauernverband (DBV), der mit seinen Vertretern in den verschiedenen Gremien die Strippen zieht, und am Gesetzgeber, der der CMA die Einnahmeharmonisierung gesetzlich abgesichert hat und nicht davon ablassen will. Und so zahlten die Bauern weiter, wie es das Absatzfondsgesetz des Bundes vorschreibt, mehr oder weniger unverändert seit 1970.

## Endlich Bewegung

Nun könnte erheblich Bewegung in die Geschichte kommen. Denn die Klagen von drei Unternehmen der mittelständischen Ernährungswirtschaft haben die 13. Kammer am Verwaltungsgericht Köln überzeugt: Die Richter halten das allem zu Grunde liegende Absatzfondsgesetz für verfassungswidrig. Und sie haben das Verfahren der drei Klagen ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Entscheidung in der Frage der Verfassungswidrigkeit vorgelegt. Die Begründung zum Beschluss des Kölner Verwaltungsgerichts ist eine einzige vernichtende Kritik des Absatzfondsgesetzes und auch der Arbeit der CMA.

Zunächst nennt das Gericht die rechtlichen Anforderungen an eine verfassungsgemäße Sonderabgabe: „Die Erhebung einer Sonderabgabe ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur zulässig, wenn hiermit ein Zweck verfolgt wird, der über die bloße Mittelbeschaffung hinausgeht (...), eine homogene Gruppe mit spezifischer Sachnähe zu dem mit der Abgabenerhebung verfolgten Zweck in Anspruch genommen wird sowie schließlich eine gruppennützige Verwendung der eingezogenen Mittel sichergestellt ist.“ Das Gericht kommt in allen Punkten zu dem Schluss, dass die Anforderungen nicht erfüllt sind.

## Zweck überholt

Als Zweck habe das Bundesverfassungsgericht 1990 die Stärkung und den Schutz der deutschen Agrarwirtschaft in der Konkurrenz zu der anderer

Agrarexportländer in der EG bestätigt. Damals stand die Schaffung des gemeinsamen (zollfreien) europäischen Binnenmarktes 1992 noch bevor. Heute ist Binnenmarkt lange Realität und damit der 1990 vorgegebene Zweck nicht mehr gegeben, sagen die Richter. Was das Bestehen einer homogenen Gruppe der Abgabenzahler angeht, äußern die Kölner Richter „erhebliche Zweifel“. Viele deutsche Unternehmen der Ernährungswirtschaft sind nach Fu-

wirksame Absatzförderung unter Berücksichtigung des gesetzlichen Ziels, die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft gerade in Konkurrenz (...) zu anderen Mitgliedstaaten zu stärken und zu schützen, weitgehend unmöglich macht.“

Die Werbeleitlinie der EU untersage Maßnahmen, von denen auch nur vermutet werden könne, dass sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der EU beeinträchtigen könnten. Dass eine

dagegen die CMA-Kampagnen der deutschen Agrarwirtschaft keinen Vorteil gegenüber ausländischen Mitbewerbern verschaffen, ist die Sonderabgabe, die die CMA finanziert, nicht verfassungsgemäß. Denn dann, so die Richter, wäre die Sonderabgabe „bloße Mittelbeschaffung“ und damit unzulässig.

## CMA sucht Auswege

Für die CMA sucht Geschäftsführer Jörn Dwehus nach Auswegen. Gegenüber *Agra-Europe* betonte er, dass die Konkurrenz heute nicht mehr allein aus der EU, sondern auch aus Drittländern komme. Einer Abgrenzung dazu steht EU-Recht in der Tat nicht im Wege. Aber erstens bleiben die Drittlandsimporte vom Umfang her nachrangig, und um dem EU-Recht zu entsprechen, müsste die CMA dann für Waren aus Europa werben – die Nachbarn dürften sich freuen.

Gegenüber dem *Ernährungsdienst* führt Dwehus an, es gehe zunehmend darum, den Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am verfügbaren Einkommen der Bürger nicht noch weiter abrutschen zu lassen. Warum das bisher nicht geklappt hat, ließ er offen.

Als drittes Argument wird angeführt, dass immer mehr Geld aus dem Absatzfonds in die Vorbeugung von Lebensmittel-Krisen gesteckt werde. Dabei geht es vor allem um die Unterstützung von Qualitätssicherungssystemen, wie es das QS-System eines sein soll.

## DBV für Forschung

In dem Zusammenhang hat DBV-Generalsekretär Born eine weitere Verwendung der Bauernabgaben ins Spiel gebracht. In einem Interview sagte er: „Eine neue Abgabenregelung [für Landwirte] mit dem Ziel, Forschung und Entwicklung voranzutreiben, kann ich mir nicht vorstellen. (...) Aber wir haben ja in Deutschland durchaus erfolgreiche Gesetze, über deren Weiterentwicklung nachzudenken sich wirklich lohnt. Ich meine das Landwirtschaftsgesetz, das Marktstrukturgesetz und das Absatzfondsgesetz.“ Born schwebt offenbar ein Verbund von Land-, Ernährungswirtschaft und Wissenschaft vor, „z.B. für Qualität und Sicherheit“. Ob das alles die Bundesverfassungsrichter überzeugen wird, bleibt abzuwarten. Ob es im Sinne der Bauern wäre, dazu könnten sie ja mal befragt werden. Der DBV geht einen anderen Weg: In einem Brief an Bundestags- und Europa-Abgeordnete erklärt er: „Wir brauchen den Absatzfonds.“ *uj*



Die „Milch-Botschafter“ sind Teil einer dreijährigen CMA-Kampagne, für die 3 Mio. Bauerngelder und 3 Mio. Euro-Mittel angesetzt sind. Ob sie den Milchpreis nach oben bringt? Bild: CMA

sionen mit Firmen aus anderen Staaten auf ausländischen Märkten aktiv. Andererseits haben sich Unternehmen aus anderen EU-Staaten in deutsche Firmen eingekauft oder sind über Tochterunternehmen auf dem deutschen Markt tätig. Eine eindeutige Definition „der“ deutschen Land- und Ernährungswirtschaft sei daher „nicht mehr möglich“.

## Verwendung zweifelhaft

Die Anforderung, dass die Mittel „im überwiegenden Interesse der Gesamtgruppe“ eingesetzt werden (gruppennützige Verwendung), sehen die Richter zu einem erheblichen Teil gar nicht mehr als erfüllbar an. Denn wenn die Werbung vorrangig den Erzeugnissen der deutschen Agrarwirtschaft zugute kommen soll, müsste die Werbemaßnahmen der CMA nach wie vor die Herkunft der beworbenen Waren aus Deutschland hervorheben.

Diese Hervorhebung der deutschen Herkunft widerspreche jedoch geltendem EU-Recht. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 5. November 2002 schränke die zulässigen Möglichkeiten für eine herkunftsbezogene Werbung in einer Weise ein, dass der CMA „eine

EU-rechtlich zulässige Werbung ohne Herkunftsbezug möglich wäre, die dennoch die Absatzchancen der deutschen Agrarwirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz erhöht, hätten weder die BLE noch das Bundesministerium überzeugend dargelegt.

Die Richter weisen darauf hin, dass die Abgabe in Märkten, wo es starke ausländische Konkurrenz gibt, nicht etwa eine Förderung, sondern sogar einen Wettbewerbsnachteil darstellt. Denn die Mitbewerber zahlten keine Abgaben. Das betrifft auch die CMA-Werbung für das CMA-Gütezeichen wie für das QS-Zeichen („Qualität und Sicherheit“), die beide für ausländische Anbieter offen stehen.

## Zwickmühle

Das Kölner Verwaltungsgericht hat die CMA und mit ihr den Gesetzgeber in eine Zwickmühle gebracht. Wenn die Maßnahmen der CMA tatsächlich der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft als Ganzes einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ausländischer Konkurrenz verschafft, dann verstößt das gegen EU-Recht (das die EU-Kommission noch stark verschärfen will). Wenn



## Bund will LSV neu organisieren

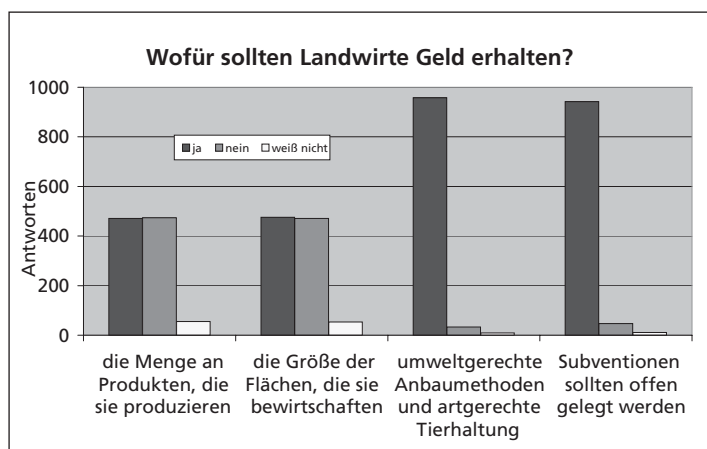
Der Druck auf die Träger der Landwirtschaftlichen Sozialversicherungen (LSV) in Deutschland, sich tiefgreifend neu zu organisieren, wächst. Nachdem der Bundesrechnungshof jüngst in einem Bericht über die Umsetzung des Organisationsreformgesetzes von 2001 eine lange Mängelliste aufgestellt und den Trägern starke Vorwürfe gemacht hatte, äußern nun auch die Bundesministerien für Arbeit und für Landwirtschaft die Erwartung, dass die LSV-Träger sich noch weit stärker als bisher umstrukturieren und den Verwaltungsapparat verkleinern, um Verwaltungskosten zu reduzieren. Die Ministerien weisen in ihrer Stellungnahme zum Bundesrechnungshof-Bericht z.B. darauf hin, dass die LSV über 9 Versicherungsgemeinschaften mit zusammen 36 Trägern (jeweils vier: für Alterskasse, Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung) verfüge, während in der gesamten gesetzlichen Rentenversicherung die Anzahl der Träger auf 18 reduziert worden sei; in der gesetzlichen Unfallversicherung werde eine Verringerung auf 13 Träger angestrebt. Die Ministerien skizzieren zwei Optionen: entweder eine wirkungsvollere Reform ausgehend vom Bestehenden oder aber die Schaffung einer einzigen Verwaltungsgemeinschaft mit vier bundesunmittelbaren Körperschaften und einer gemeinsamen Hauptverwaltung. Das war bislang im politischen Raum am Widerstand der Bundesländer gescheitert, die ihre Zuständigkeiten für die derzeitigen Träger nicht abgeben wollen. *uj*

## Streit um Boden- und Wasserverbände

In drei ostdeutschen Bundesländern gibt es gerichtliche Auseinandersetzungen um die Bildung und Beitragsfestsetzung der Boden- und Wasserverbände. Die bundesdeutsche Gesetzgebung sieht vor, dass prinzipiell die Eigentümer von Grund und Boden Mitglieder der Wasser- und Bodenverbände sind. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind es dagegen allein die Kommunen. Dazu wird es in absehbarer Zeit eine höchstgerichtliche Entscheidung geben, nämlich zur Frage, ob den Grundeigentümern auf diese Weise nicht demokratische Mitspracherechte in den Wasser- und Bodenverbänden verweigert werden. In diesem Zusammenhang hat laut *Märkische Allgemeine Zeitung* das Verwaltungsgericht Potsdam festgestellt, dass Grundeigentümer von steuerbefreiten Flächen (z.B. Entwässerungsgräben, öffentliche Wege) automatisch Mitglied im entsprechenden Wasser- und Bodenverband sind. Im konkreten Fall in Brandenburg würde damit die Anzahl der Mitglieder des Verbandes von weniger als 20 auf mehrere Hundert ansteigen. Damit würde sich wie in vielen Regionen der drei ostdeutschen Bundesländer die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Konstitution der Verbände und auch der Beitragsansetzungen stellen. Für die Bewirtschafter erscheint es sinnvoll, deswegen gegen die Beitragsbescheide in jedem Fall Widerspruch einzulegen und die Zahlung allenfalls unter Vorbehalt zu leisten, so die Einschätzung von Betroffenen. *pm*

## Österreichs Bauern unter 20 Hektar

Österreichs Bauern bewirtschaften im Durchschnitt 18,4 Hektar Fläche. Der Großteil der Betriebe, nämlich 115.400 bzw. 61 Prozent der knapp 190.400 Betriebe, bewirtschaftet weniger als 20 Hektar Gesamtfläche. Diese Zahlen nennt der neue „Grüne Bericht 2006“ des Ministeriums. Insgesamt 74.600 Betriebe sind als Bergbauernbetriebe ausgewiesen. *pm*



Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von 1.000 Personen, durchgeführt von IPSOS GmbH im März 2006 im Auftrag von WWF Deutschland.

## Transparenz in Grenzen

Bundesregierung uneins. Wirtschaftsminister will Namen von Zahlungsempfängern erst ab 2 Millionen Euro veröffentlichen

Wenn sich Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) damit durchsetzt, dass Empfänger von EU-Fördermitteln erst ab einer Fördersumme von 2 Mio. Euro im Jahr mit Namen veröffentlicht werden, dann blieben die allermeisten Empfänger von Exporterstattungen, Direktzahlungen oder Strukturförderungen weiterhin ungenannt. In der Landwirtschaft gibt es zwar auch Betriebe, die im Jahr über diese Grenze kommen, aber es dürften höchstens einige Dutzend sein.

### Über 99 % ungenannt

Laut EU-Statistik bekamen im Jahr 2004 in Deutschland weniger als 0,2 Prozent aller Landwirtschaftsbetriebe mehr als 500.000 Euro. Diese 630 Betriebe zogen zwar zusammen über 10 Prozent aller EU-Direktzahlungen, die nach Deutschland gingen, aber schon diese Zahlen zeigen: Selbst wenn der Schwellenwert zur Offenlegung bei einer halben Million Euro angesetzt werden würde, blieben über 99 Prozent der Empfänger mit ihren Zahlungen geheim.

Die Bundesregierung ist dabei, sich auf eine gemeinsame Stellungnahme zur so genannten Transparenz-Initiative der EU-Kommission zu einigen. Die EU-Kommission will alle Empfänger von EU-Fördermitteln mit Angabe von Namen, Förderprogramm (bzw. Förderzweck) und Summe veröffentlicht sehen. Die Bundesministerien haben eingesehen, dass sie gegen das Ansinnen der EU-Kommission nicht die notwendigen Mehrheiten unter den EU-Mitgliedstaaten organisiert bekommen. Und so geht es mittlerweile auch nicht mehr um ein Ja oder Nein zur Offenlegung, sondern allein um die Ausgestaltung.

Minister Glos ist zuständig für die Fördermittel aus den EU-Strukturfonds, die u.a. in Investitionen der gewerblichen Wirtschaft landen. Er argumentiert, dass die Veröffentlichung von Namen und Summen Rückschlüsse auf Betriebsgeheimnisse ermöglichen. Mögliche Investoren würden sich dann überlegen, ob sie noch einen Förderantrag stellen. Folglich würden Fördermittel nicht mehr abgerufen werden.

### Gegen Schwellenwerte

In einem Gespräch im Bundeslandwirtschaftsministerium Anfang August hat der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf gefordert, dass die Offenlegung ohne Schwellenwerte erfolgen soll. „Wir wollen, dass nicht nur deutlich wird, wie viel die größten Empfänger erhalten und wofür. Es soll gerade auch öffentlich sichtbar werden, wie wenig dagegen die

meisten Betriebe erhalten.“ Die enorme Spannbreite müsse klar werden.

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) hat gegenüber der Süddeutschen Zeitung verlauten lassen, dass auch er gegen Schwellenwerte bei der Transparenz sei. Wer sich in seinem Ministerium umhört, trifft allerdings vor allem auf Stimmen gegen die Nennung von Namen. Besonders oft aber ist die Forderung zu hören, dass es eine einheitliche Regelung für alle Förderbereiche geben müsse. Wenn es Schwellenwerte für die Strukturfonds gebe, sollen die auch für die Agrargelder gelten.

### SPD für volle Transparenz

Die SPD sieht das anders. Sowohl Bundestagsfraktion als auch die SPD-Arbeitsgruppe Verbraucher, Ernährung, Landwirtschaft unter Leitung von Till Backhaus, Minister in Mecklenburg-Vorpommern, sprechen sich dafür aus, dass die Transparenz „grundsätzlich für alle Empfänger von EU-Geldern gelten“ soll. Weiter heißt es: „Es ist vernünftig, den Agrarsektor als größten Bereich der gemeinsamen EU-Politik an den Beginn einer Transparenzinitiative zu stellen, und wir erwarten, dass die Transparenzinitiative auf andere Förderbereiche und Wirtschaftssektoren ausgedehnt wird.“

Einen Schwellenwert von 10.000 Euro hat Mitte August der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, vorgeschlagen. 70 Prozent der Betriebe in Bayern erhielten im Jahr weniger als 20.000 Euro, so Ferber. Der CSU-Politiker regte in dem Zusammenhang eine Umstellung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen an. Ihre Höhe sollte sich nicht mehr an den Umfang der Flächen je Betrieb richten. Ein alternatives Modell sei beispielsweise die Bindung an den Arbeitskräftebesatz.

Das ist ein Hinweis darauf, dass die Transparenz unmittelbar mit der Frage nach der weiteren Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik verbunden ist. EU-Kommissarin Fischer-Boel deutete in einer Rede in Brüssel an, dass sie bei der Überprüfung der EU-Agrarpolitik 2008 nicht nur eine Änderung im oberen Bereich (z.B. Kappung bei 300.000 Euro je Betrieb), sondern auch Untergrenzen für die Direktzahlungen aus der ersten Säule je Betrieb vorschlagen will.

*uj*

Weitere Informationen unter: [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

# WTO: Wie geht's weiter?

Unterschiedliche Kommentare zum Aussetzen der WTO-Verhandlungen

Der 7. November 2006 ist Schuld daran, dass WTO-Chef Pascal Lamy jüngst die Verhandlungen Ende Juli auf Eis legen musste. Am 7. November wird in den USA über die neue Zusammensetzung des Kongresses abgestimmt. Die Wahl entscheidet direkt, ob die Republikaner die Oberhand behalten oder sie an die Demokraten abgeben müssen. Das Ergebnis ist ein Popularitäts-Test für den Präsidenten, der deshalb vorher möglichst keine heißen Eisen mehr anfasst.

US-Handelsbeauftragte Susan Schwab kam daher Ende Juli ohne neue Vorschläge an den Verhandlungstisch, an dem noch Vertreter aus Brasilien, Australien, Indien, Japan und der EU saßen, derzeit die Hauptakteure in der WTO. Als Knackpunkt kristallisierte sich dabei die interne landwirtschaftliche Stützung heraus. Die USA waren nicht bereit, ihre stark in die Kritik geratenen internen Beihilfen zu senken, pochten aber gleichzeitig darauf, dass der Agrarzoll, der Anderen wie z. B. der EU wichtig ist, um durchschnittlich 66 Prozent reduziert werden soll. Die EU war bereit, in Punkto Agrarmarktoöffnung Zugeständnisse zu machen, und wollte statt 39 Prozent Zollsenkung zuletzt sogar eine Halbierung der Zollsätze akzeptieren. Damit hätte sie knapp unterhalb des Zollsensungsvorschlags von 54 Prozent der Schwellenländer G20 gelegen, zu denen Brasilien und Indien gehören. Aber ohne Zugeständnisse der USA wollten die anderen keine weiteren Angebote machen.

## Kommentare

Wie wird das erneute Aussetzungen der WTO-Runde nun bewertet? Wir haben Experten aus unterschiedlichen Bereichen befragt.

**Michael Windfuhr**, Generalsekretär der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN, sagt: „Unser Anliegen in den WTO-Verhandlungen ist nicht allein die Liberalisierung, sondern auch der Schutzgedanke für die Kleinbauern. Wir hoffen, dass dahingehend in Zukunft noch mehr drin ist als bisher. Dafür ist ein multilaterales Abkommen etwa in der WTO besser geeignet als viele bilaterale Verträge. Das Problem ist nicht die WTO, die hat nur ein kleines Sekretariat, sondern die neoliberale Ideologie, die auch mit dem Scheitern der WTO nicht aus der Welt geschafft wäre.“ Beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) ist **Guido Glania** für die Handelspolitik zuständig: „Das Aussetzen der

Verhandlungen ist für den BDI eine große Enttäuschung. Wir hatten gehofft, dass es Ende Juli zu einer Einigung kommen würde. Schwellenländer wie Brasilien oder die aufstrebenden Länder im asiatischen Raum sind Wachstumsmärkte. Deshalb ist für uns die Verbesserung des Marktzugangs zu diesen Ländern besonders wichtig. Es geht uns insbesondere um einen weiteren Abbau der Industriezölle. Der BDI unterstützt deswegen mit Nachdruck die WTO-Verhandlungen. Angesichts der Probleme der WTO-Runde sollte sich die EU Gedanken darüber machen, wie sie ihre Handelspolitik strategisch neu ausrichtet. Aus Sicht des BDI müssen bilaterale Abkommen zukünftig wieder eine stärkere Rolle spielen. Die Erfolgsaussichten für einen Abschluss der Runde sind durch das Aussetzen der Verhandlungen stark eingetrübt.“



Dr. Glania (BDI, Foto: privat): „Auf bilaterale Verhandlungen setzen.“

Tobias Reichert ist freier Handelsexperte: „Aus entwicklungspolitischer Sicht werden wir ohne multilaterale Handelsregeln die Hauptprobleme wie zum Beispiel Abbau der handelsverzerrenden Exportsubventionen oder der internen Stützung nicht lösen können. Dennoch zeigt die Praxis, dass gerade die USA

kaum bereit sind, ihre handelsverzerrende interne Stützung abzubauen. Und wenn doch, dann nur gegen sehr weitreichende Zugeständnisse im Marktzugang. Die EU wird jetzt bilateral auf die Tube drücken. Bilateral wird aber fast ausschließlich über Marktzugang verhandelt, die Dumpingprobleme bleiben außen vor.“

**Detlev Brauns** leitet das Referat für Handelspolitik im **Bundeswirtschaftsministerium**: „Es besteht die Gefahr einer langen Unterbrechung, die schädlich wäre für den weiteren Verlauf der Handelsrunde, denn dann würden sich die Verhandlungspartner wieder voneinander entfernen. Bereits erzielte Fortschritte könnten verloren gehen. Wir stellen keine Vorbedingung für eine baldige Wiederaufnahme der Gespräche, lehnen aber auch weitere einseitige Vorleistungen

der EU ab. Ab September diesen Jahres werden wieder Gespräche über eine eventuelle Fortsetzung der Handelsrunde geführt. Wir würden es sehr begrüßen, wenn nach den US-Kongresswahlen im November in der WTO wieder über Inhalte diskutiert werden könnte. Entscheidend wird darüber hinaus aber sein, dass die im Juli 2007 auslaufende Verhandlungsvollmacht des US-Präsidenten verlängert wird, da wir bis dahin einen Abschluss sicher nicht erreichen werden.“



Michael Windfuhr (FIAN): „Berechtigte Schutzinteressen für Kleinbauern.“

**Jürgen Knirsch** von Greenpeace sagt: „Aus Umweltsicht ist die Atempause zu begrüßen, denn sie ist auch eine Atempause für die Ressourcen. Vor allem für den Handelsbereich NAMA (Industriegüter) ist ein Aussetzen zu begrüßen, denn dort werden die umweltsensiblen Bereiche Wälder, Meere, Chemikalienhandel oder Bergbauprodukte verhandelt, ohne ausreichend zu prüfen, welche Folgen ein liberalisierter Handel diese Bereiche hätte. Das ist bisher einfach außer Acht gelassen worden.“

**AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**: „Die EU-Kommission ist mit ihrer Liberalisierungsstrategie der Märkte und ihrem kolonialen Ansatz – die Länder des Südens liefern billige Rohstoffe und dafür liefert der Norden Industrieprodukte – auf ganzer Linie gescheitert. Wir brauchen als neues Instrument den qualifizierten Marktzugang. Das heißt konkret, Länder der Dritten Welt brauchen



F. W. Graefe zu Baringdorf (AbL, Foto: Dott): „Gegen die Wand gefahren.“

Schutz zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaften und gegen den Auskauf unter der Armutsgrenze durch multinationale Unternehmen. Zugang zum europäischen Markt erhalten nur Produkte, die bestimmte soziale, ökologische und Preis-Kriterien erfüllen. Europäische Bauern würden dadurch vor Billigimporten geschützt, die qualitativ nicht diesen Mindeststandards entsprechen. Einnahmen aus Zöllen fließen aber nicht in die EU-Kassen, sondern in einen Fonds für Projekte zur Entwicklungsfinanzierung von Umwelt- und Qualitätsstandards in den betroffenen Ländern.“

Berit Thomsen

## Richtungswechsel

Ein neuer Ton ist im Dunstkreis der Welthandelsgespräche der WTO zu hören. Die renommierte Institution FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) etwa lässt verlauten, dass die WTO-Verhandlungen einen Geburtsmakel hätten, weil der Focus auf Freihandel statt auf fairem Handel gelegen habe. Vor allem die ärmsten Entwicklungsländer seien die Verlierer. Gegenwärtig spiele sich der Wettbewerb zwischen Unternehmen mit moderner Technologie und Kleinbauern ohne ausreichende Infrastruktur und Wasserwirtschaft ab. Auch Bauern in den Industriestaaten bekommen Probleme, gibt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu bedenken. Allerdings schlägt sie vor, „die geschädigten Gruppen zu entschädigen“. Dabei haben Nichtregierungsorganisationen in Deutschland und weltweit Konzepte erarbeitet für einen fairen Welthandel, bei denen die „geschädigten Gruppen“ gar nicht erst geschädigt würden. Schlägt der Ton weiter um, ist vielleicht die Zeit des fairen Handels gekommen. bet



## Milchpreis 2005 unter 29 Cent/kg

Der von den Molkereien an die Milcherzeuger tatsächlich gezahlte Milchpreis einschließlich aller Zu- und Abschläge ist im Jahr 2005 um 0,5 Ct/kg herabgesenkt worden (für Milch mit 4,2 % Fett, 3,4 % Eiweiß). Das sind 1,9 % weniger als im Vorjahr teilte die ZMP mit. *pm*

## Handel meldet Preiserhöhung

Die Verkaufspreise für Milch, Milcherzeugnissen und Eiern im Großhandel legten im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2005 um 1,3 Prozent zu. Das teilte der Bundesverband des Deutschen Groß- und Einzelhandels mit. *uj*

## Feinschmecker lobt Hof-Käsereien

Über 90 Hofkäsereien, die Käse nach handwerklicher Tradition herstellen, haben es in einem Test der Zeitschrift *Der Feinschmecker* unter Deutschlands 350 beste Käseadressen geschafft. 70 Prozent der ausgewählten Hofkäsereien arbeiten mit Biomilch. *Der Feinschmecker* adele damit die Anstrengungen vieler kleiner handwerklicher Produzenten, die ihre Kuh, Ziegen- und Schafmilch zu erstklassigen Spezialitäten verarbeiten, wertet Marc Albrecht-Seidel vom Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V. die Ergebnisse. Der Verband weist in dem Zusammenhang auf die Broschüre „Käse für Genießer“ mit Adressen und Informationen von Hofkäsereien hin (Bezug beim Verband, Tel.: 08167- 989621, E-Mail: info@milchhandwerk.info). *pm*

## Grünland-Hektar für 62 Mio. Euro

Sage und schreibe 75 Euro kostet beim Versandhändler Quelle ein kleines Stück Rasen, auf dem das WM-Endspiel Italien gegen Frankreich stattfand: 14 x 8 x 5 Zentimeter in Acryl gegossen. Das entspricht einem Quadratmeter-Preis von 6.250 Euro und einem Hektarpreis von 62,5 Millionen Euro. Für besondere Stücke gelten noch höhere Preise, z. B. für die Elfmeterpunkte (4.000 Euro), die Ecken und die Torlinien (1.590 Euro). *en*

## Kühe als Stechmückenfallen

Der enge Kontakt mit Nutztieren hat den Menschen seit Jahrtausenden wie eine Infektionsbarriere vor Erregern geschützt, so laut *Spiegel* der US-Evolutionsbiologe Andy Dobson von der Princeton-Universität. Kühe im Stall mit ihrer hohen Kohlendioxid-Produktion ziehen demnach Stechmücken und andere Insekten förmlich an sich, so dass die gefährlichen Krankheiten auf sie und nicht auf die Menschen übertragen werden. *pm*

## Gülle oder Parfüm?

Auf die Klagen mancher Mitbürger im Allgäu wegen des Gülle-Geruchs reagierte der zuständige Kreisbauernobmann mit dem Hinweis: „Ein Stall ist nun mal kein Kosmetiksalon“. Dies wiederum hat die Redakteurin Ingrid Grohe von der *Allgäuer Zeitung* zu folgendem „Assoziationstest“ veranlasst: „Was fällt Ihnen ein, wenn Sie die Augen schließen und sich das Aroma von Gülle vor die Nase führen? Ja, das Allgäu natürlich, satte grüne Wiesen, schmucke Bauernhöfe, freundliche Menschen und friedlich grasendes Vieh. Und nun schließen Sie die Augen und denken an ein schweres Parfüm. Welches Bild stellt sich ein? Bis zur Unkenntlichkeit überschminkte Gesichter, mit einem angestrengten Lächeln überzogen, aufgetakelte Damen, mit Haargel glasierte Herren und sinnentleerter Smalltalk.“ Frau Grohes Fazit: Für eine Stunde im Stall oder auf der begüllten Wiese brauche sie keine Überwindung, eine Stunde im Kosmetiksalon mit synthetischen Duftnoten hingegen verursache bei ihr Migräne. *en*

## Brasiliens Fleischindustrie analysiert

Eine niederländische Expertengruppe hat die Schweinefleisch-Produktion Brasiliens analysiert und kommt zu folgenden Schlüssen: Einige wenige große Unternehmen sind durch eine integrierte Kettenstruktur eng verflochten, viele erzeugen außerdem Geflügel- und Rindfleisch. Die „Animal Sciences Group“ nennt laut *agri-holland* folgende Stärken: effiziente und schlagkräftige Produktion, geringe Kosten, starkes Produktmarketing (Marken) durch Integration, vorhandene Logistik aus dem Geflügelfleisch-Export, genügend Flächen für die Expansion. Schwachpunkte: schwache Infrastruktur, begrenzte Kreditmöglichkeiten, starke Abhängigkeit von der Mais- und Sojaproduktion, Export vorwiegend in ein Land (Russland), unvollkommene Kontroll- und Zertifizierungssysteme. *pm*

Kurzes am Rande

# A faire Milch

Mit rot-weißen Kühen für einen gerechten Milchpreis

Seit Anfang August gibt es in Österreich eine neue Milch zu kaufen. Unter der Marke „A faire Milch“ wird die neue Marke bei Zielpunkt (Plus), Spar und Nah+Frisch angeboten. Die rot-weiße Kuh auf der Packung spielt auf die österreichischen Landesfarben an. Das Besondere an der neuen Milch: 10 Cent des Kaufpreises gehen direkt an die Milchproduzenten. Die Idee zu dieser besonderen Art der Vermarktung kommt von den Milchbauern selbst. Nicht mit den Molkereien wird über höhere Preise verhandelt, sondern direkt mit den Konsumenten. „Wir wollen einen Mehrerlös erzielen, der auch beim Bauern ankommt“, erklärt Vereinsobmann Ewald Grünzweil.

Die Milchbauern wollen mit dem Projekt aber auch auf den für viele Betriebe ruinösen Milchpreis aufmerksam machen. Im vergangenen Jahr lag dieser in Österreich im Schnitt bei 29 Cent. Zu wenig, um einen Betrieb erhalten zu können.

Die neue Marke gehört dem Verein der „Grünland und Rinderbauern“, der unter dem Namen Interessensgemeinschaft (IG)

Die IG-Milch will damit ein „sichtbares Zeichen setzen, dass die Produktion kontrolliert werden kann“, so der Projektleiter Ernst Halbmayr. Aus diesem Grund bekommt jeder teilnehmende Landwirt den Aufpreis nur für 50.000 kg Milch gezahlt. Damit orientiert sich die IG-Milch am österreichischen Durchschnittsbetrieb. Der liegt mit 10 Kühen bei 50.000 kg Quote. Die Milchproduzenten verpflichten sich darüber hinaus, ihre eigene Quote nicht zu überliefern. Zum Gedanken der Nachhaltigkeit gehört auch der regionale Bezug. Ein Export in das benachbarte Ausland ist deshalb nicht geplant. Allerdings hoffen die Initiatoren, dass von Österreich Akzente ausgehen, die zu ähnlichen Projekten in anderen Regionen Europas führen.

## Erfolgreiches Marketing

Einen großen Erfolg haben die Marketingmaßnahmen. Vor allem das Logo der fairen Milch: Die rot-weiße Kuh ist an vielen Orten Österreichs zu sehen. Die lebensgroßen Kühe hören auf den Namen Faironika. Sie sollen in Zukunft noch verstärkt an Straßen



Vereinsobmann Ewald Grünzweil mit Faironika

Foto: Anna Rauchberger

aufgestellt werden, um für die Milch zu werben. Auf den Höfen der Milchproduzenten sind sie in jedem Fall schon vertreten. Zur großen Bekanntheit tragen aber vor allem die fast täglichen Berichte in den Medien bei. Bisher steigen die Absatzzahlen kontinuierlich. Die Kunden scheinen das Anliegen der Bauern verstanden zu haben und greifen gerne zu der fairen Milch.

Milch auftritt. In dem Verein sind derzeit etwa 6.000 Milchbauern zusammengeschlossen. Vorrangiges Ziel ist es, die Interessen der Mitglieder zu vertreten, auf die Auswirkungen von Dumpingaktionen in Supermärkten aufmerksam zu machen und für faire Erzeugerpreise durchzusetzen.

## Der Preis ist nicht alles

Wer „A faire Milch“ im Laden kauft bezahlt 1,09 Euro. Das sind 30 Cent mehr als konventionelle Milch im Schnitt derzeit kostet. Der Verkaufspreis für Biomilch liegt in Österreich bei 95 Cent. Doch den Bauern der IG-Milch geht es nicht nur um einen höheren Verdienst. Sie wollen ein nachhaltiges Prinzip etablieren. „An jeden Milcherzeuger, der mit der IG-Milch einen Fairnessvertrag abgeschlossen hat, wird ein Zuschlag gezahlt.“ Dafür verpflichtet sich der Landwirt, auf Gentechnikfutter zu verzichten und Überproduktion aufzugeben.

## Offenes System für faire Preise

In der Zukunft soll das Modell weiter geöffnet werden. Die Interessensgemeinschaft will dann nicht mehr selbst als Marktteilnehmer auftreten. Vielmehr soll nur noch die Lizenz für das Logo „guat & fair“ vergeben werden. Die Molkereien und Handelsketten können dann unter ihren eigenen Marken Milchprodukte mit Mehrwert für die Bauern produzieren.

Bislang sind die Molkereien allerdings noch skeptisch. Ihre Reaktionen reichen von Abwarten bis zu der Einschätzung, dass die Initiative in wenigen Wochen, wenn das öffentliche Interesse wieder abflaut, von alleine „vor die Wand fährt“.

Doch die Bauern sind optimistisch und denken derweil schon darüber nach, eine ähnliches Projekt für Rindfleisch zu starten. Derzeit fehlt es dafür allein an der nötigen Manpower. *mnn*

## Campina greift nach Omega 3

Niederländischer Molkerei-Riese will mehr Weidegang für Kühe, um mehr ungesättigte Fettsäuren in die Milch zu bekommen

Omega 3-Fettsäuren wird eine positive Wirkung auf die menschliche Gesundheit, u. a. auch auf das Herz-Kreislauf-System nachgesagt. Der international tätige Molkereikonzern Campina mit Hauptsitz in den Niederlanden will den Verbrauchern mehr dieser ungesättigten Fettsäuren in seiner Trinkmilch bieten. Dazu sollen 600 der insgesamt 6.000 Milcherzeuger, die an Campina liefern, ihre Kühe weiterhin oder mehr als bisher auf die Weide treiben und die Futterration ändern. Bis zum nächsten Frühjahr soll so erreicht werden, dass Campina-Trinkmilch mit

10 % weniger gesättigten Fettsäuren, 20 % mehr ungesättigten Fettsäuren und der doppelten Menge an Omega-3-Fettsäuren in niederländischen Regalen steht, teilte die Molkerei mit. Campina betreibt zwar auch Molkereien in Deutschland (u. a. die ehemalige Südmilch und die ehemalige Tuffi-Molkerei), aber das Projekt soll zunächst auf die Niederlande beschränkt werden. Aus mehreren Untersuchungen ist bekannt, dass eine Futterration, die Maissilage durch Gras ersetzt und den Kraftfutteranteil reduziert bzw. auf Leinsamen umstellt, zu höheren Omega 3-Gehalten in der Milch führt.

Der höhere Gehalt dieser Fettsäuren hält sich auch in Milchprodukten wie Butter. Ähnliche Effekte werden auch auf die Fettsäurezusammensetzung im Fleisch entsprechend gefütterter Rinder genannt.

In Deutschland ist das Thema durch ein Projekt im Chiemgau bekannt geworden, das der AbL'er Andreas Remmelberger initiiert hatte und das im Rahmen von „Regionen aktiv“ gefördert worden ist (Bauernstimme berichtete). Der Wissenschaftler in diesem Projekt, Dr. Weiß aus Freising, erklärt: „Eine Milch mit hohen Gehalten an Omega 3-Fettsäuren kann durch den Verzicht auf Silomais und die Begrenzung der Kraftfuttergaben erreicht werden. Grundsätzlich ist es unerheblich, in welcher Form das Gras verfüttert wird: Weide, Eingrasen, Silage oder Heu. Schon geringe Silomaisanteile in der Ration, ebenso wie Kraftfuttermengen von deutlich mehr als 500 kg pro Kuh und Jahr, senken die Gehalte an Omega 3-Fettsäuren in der Tankmilch deutlich.“

### Auch in Frankreich

Einen etwas anderen Weg geht die französische Molkerei Coralis. Laut *DLG-Mitteilungen* hat die bretonische Molkerei mit einem Teil ihrer Lieferanten vereinbart, dass sie vor allem im Winter ein Spezialfutter auf Leinsaat-Basis füttern. Das führt auch zu höheren Omega 3-Werten in der Milch. Sogar die Milchleistung der Kühe sei erhöht worden, zitiert die DLG einen teilnehmenden Landwirt. Bei gleicher Kraftfuttermenge habe sich die Milchleistung um 1.100 Liter pro Kuh erhöht.

### Preisaufschlag fraglich

Die Futterkosten seien um knapp zwei Euro je Tonne gestiegen. Dafür zahlt die Molkerei einen Preis-Aufschlag für die besondere Milch: 1,06 Ct/l im Winter und 0,45 Ct/l im Sommer, wenn der höhere Gehalt durch den Weidegang erreicht werden kann.

Für Campina besteht das Neue an ihrem Konzept vor allem darin: „Das neue Milchkonzept, das den niederländischen Verbrauchern ab dem Frühjahr 2007 zur Verfügung steht, stimuliert den Weidegang.“ Preisaufschläge für die Bauern sind bisher nur vage in Aussicht gestellt. Wenn sich die erhoffte Wertschöpfung erzielen lasse, könnten die Genossenschaftsbauern mit einem Aufpreis „von 1 bis 2 Ct/kg“ rechnen, zitiert *top agrar*. Das heißt, die Bauern müssen in Vorleistung gehen.

Campina ist ein internationales genossenschaftliches Unternehmen und erzielt nach eigenen Angaben einen Jahresumsatz von 3,6 Mrd. Euro.

### Protest gegen QM

Vom 25. bis 26. Juli haben nach Polizeiangaben bis zu 300 Milchbauern vor den Werkstoren der „Nordmilch“-Genossenschaft in Nordhackstedt (Kreis Schleswig-Flensburg) demonstriert und zeitweise die Zufahrten zum Werksgelände unter anderem mit Traktoren und 30 Kühen blockiert. Die Bauern protestierten damit dagegen, dass die Nordmilch von den Bauern zusätzliche Qualitätssicherungsmaßnahmen unter dem Stichwort „QM“ fordert. Die Bauern weisen darauf hin, dass die Milch ohnehin schon stark kontrolliert werde, wie es dem gesetzlichen Standard entspreche. Eine zusätzliche Zertifizierung lehnen sie ab, zumal die Molkerei den zusätzlichen Aufwand noch nicht einmal durch einen höheren Abnahmepreis honoriere. Weil sich Landwirt Claus Peter Jensen aus Sörup-Barg geweigert hat, bei QM mitzumachen, nehme ihm die Nordmilch keine Milch mehr ab, sagte er einer Tageszeitung. Dagegen hat er Vertragsrechtsklage vor dem Amtsgericht Stade eingereicht. Bis die Klage entschieden ist, werde er weiterprotestieren. Er hat sich symbolisch vor seinem Milchtank die Hände fesseln lassen.



Die Holländer gehen wieder voran, zumindest was Omega 3-Fettsäuren in der Milch angeht. Hinterher hinken sie bei der Bezahlung der Sonderleistung der Milchbauern – hoffentlich nicht zu lange.

Foto: Jasper

## Upländer Fair-Milch wächst

Alnatura führt Aufpreis-System ein

Ab dem 1. September gibt es nun in 302 Märkten der hessischen Handelskette „tegut“, in 104 Filialen von Budni in Hamburg sowie in 25 „Alnatura Super Natur Märkten“ Biomilch der Alnatura Produktions- und Handels GmbH mit einem Fair-Preis-Aufschlag.

Für die Alnatura-Biomilch, die von der Upländer Bauernmolkerei abgefüllt wird, zahlen die Verbraucher 10 Cent je Liter Milch mehr, statt 89 Cent den Liter dann 99 Cent. Davon gehen 5 Cent direkt über die Molkerei an die Bauern. Je höher der Anteil der Biomilch mit Fair-Preis-Siegel am Gesamtumsatz der Molkerei ist, umso stärker wirkt sich der Aufschlag auf den Milchpreis der Bauern aus. „Wir wollen ein Signal setzen gegen die aktuellen Milch-Dumpingpreise und deutlich

machen, dass Milch ein im Wortsinne wertvolles Lebensmittel ist. Unsere Kunden können mit dem Kauf der fair gehandelten Bio-Milch einen direkten Beitrag für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft leisten“, erläutert Götz Rehn, Gründer und Geschäftsführer von Alnatura.



Für Faire Preise für die Bio-Milchbauern.

Foto: Alnatura

Das Aufpreis-Modell ist von den Upländern entwickelt worden und bereits im Naturkosthandel etabliert. Mit dem Einstieg von Alnatura gewinnt es erheblich an Verbreitung. Ende September begeht die Upländer Bauernmolkerei ihr 10-jähriges Bestehen mit einem Festakt und einer Fachtagung (siehe Seite 23 dieser Bauernstimme).



## Papst Benedikt auf den Fersen

Im September kommt Papst Benedikt XVI. nach Bayern, u.a. auch nach Altötting in der Nähe des Chiemsees. Dort hat der Verein „Region aktiv Chiemgau-Inn-Salzach“ den Benediktweg geschaffen. Josef Ratzinger hatte seine Kinderzeit und seine Jugendjahre ausschließlich in der Region Chiemgau-Inn-Salzach verbracht. Ausgangs- und Zielpunkt des Rundwegs ist die von Johannes Paul II. 1980 gepflanzte und mittlerweile recht stattliche „Papstlinde“ am Bruder-Konrad-Platz in Altötting. Zum ausgeschilderten, 224 km langen Radweg gibt es auch eine Rad- und Exkursionskarte. (Infos im Internet: [www.benediktweg.info](http://www.benediktweg.info)). pm

## NEULAND mit „Emmas Glück“

Mitte August ist in vielen deutschen Kinos der Film „Emmas Glück“ angelaufen. Er bekommt hervorragende Kritiken. „Emmas Glück“ ist eine Tragikomödie und ungewöhnliche Romanze auf einem Bauernhof, auf dem die Schweine noch frei herumlaufen können. Das war Anlass für das Neuland-Programm für tiergerechte Haltung, diesen Film zu unterstützen. Neuland sponsert eine Woche Ferien auf einem Neuland-Hof. Die Woche gibt's zu gewinnen bei einem Gewinnspiel, das (leider nur) im Internet zu erreichen ist. Auf der Homepage der Zeitschrift „Brigitte“ ([www.brigitte.de](http://www.brigitte.de)) findet sich unter der Filmbeschreibung ein Link zu einem Puzzle. Wer das Puzzle mit einem Szenefoto aus „Emmas Glück“ richtig zusammensetzt, dem erscheint das Gewinnformular. Neuland weist darauf hin, dass die Parallele zum Film „nur bei den glücklichen Schweinen mit Auslauf und Betreuung“ liege, nicht in der „heruntergekommen und hoffnungslos verschuldeten“ Situation von Emmas Hof. pm

## Auch in Holland gegen Agrarfabriken

Eine Bürgerinitiative im niederländischen Oisterwijk (Brabant) wehrt sich gegen den Bau eines Schweinestalls für 8.900 Tiere in Biest-Houtacker. Die Gemeinde ist eines von 46 holländischen „Agrar-Entwicklungsgebieten“, in denen der intensiven Viehhaltung Raum geschaffen werden soll. Die Agrarfabrik-Gegner bemängeln, dass der Investor die EU-Richtlinie nicht einhält, wonach alle verfügbare Technik zur Minimierung der Umweltbelastungen zu nutzen sind. pm

## Protest gegen Vion in Holland verboten

Die niederländische Umweltorganisation Milieudefensie darf laut Gerichtsbeschluss ihre geplante Blockade gegen die Großschlachtereie des Fleischkonzerns Vion in Boxtel nicht durchführen. Milieudefensie wollte Vion dazu bewegen, seinen Einfluss geltend zu machen, um die Missstände beim Soja-Anbau in Brasilien abzustellen. Laut einer Studie importieren niederländische Betriebe große Mengen Soja aus Gebieten mit Regenwaldabholzung, illegaler Landenteignung und Sklaverei. Die Gemeinde Boxtel hatte der Blockade zugestimmt. Die Umweltaktivisten denken nun über andere Maßnahmen gegen Vion nach. Vion verwies auf seine Bemühungen im Rahmen des „Runden Tisches für verantwortbares Soja“ und auf die im Internet veröffentlichten „Vion-Visionen für Soja“. pm

## Staatsweingut statt Großinvestor

Gegen den von der FDP betriebenen Verkauf des Staatsweingutes Meersburg wehren sich zahlreiche Winzer, die von einem übernehmenden fremden Großinvestor eine veränderte Geschäftspolitik befürchten. Die bisherige Zusammenarbeit zwischen dem rentablen Staatsgut und den Winzern habe sich bewährt, das Gut habe eine positive Rolle als stabilisierender Marktfaktor, Ausbildungsbetrieb, Bewirtschafter von Steillagen, Helfer und Ratgeber sowie als Imageträger für die Weinkultur am Bodensee. In einem Gespräch mit der baden-württembergischen Staatssekretärin Gurr-Hirsch machten die Winzer ihre Anliegen deutlich. pm

## Keine Gentech-Sojasorten für Europa

Der Gentechnik-Konzern Syngenta Seeds will laut *agri-holland* keine Soja-Sorten speziell für den Anbau in Europa züchten. Grund seien nicht nur die geringeren Ertragsaussichten gegenüber anderen Regionen der Welt, die Europäer stünden dem gentechnischen Anbau auch zu skeptisch gegenüber. pm

Kurzes am Rande

## „Die ich rief, die Geister...“

Landfrauen, AbL und andere mahnen mit Goethe gegen Freisetzung

Im bayerischen Rothalmünster versammelten sich am Sonntag, 20. August, an die 70 Personen am „Pestkreuz“ bei der Höheren Landbauschule, um ihren Widerstand gegen die Freisetzung genmanipulierter Pflanzen zu demonstrieren. Wie schon an den vorangegangenen Sonntagen wurde zuerst eine Andacht gefeiert, die diesmal von der Landfrauenvereinigung im KDFB der Diözese Passau vorbereitet worden war. Das anschließende Programm gestaltete die AbL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach. Im Mittelpunkt stand „Der Zauberlehrling“, der von Alfons Schwitz (Landvolktheater Halsbach) ergreifend verkörpert wurde (siehe Bild). Dieses Werk J.W. Goethes hat genau die Problematik zum Inhalt, die auch auf die Gentechnik zutrifft: der Mensch (Lehrling) meint, alles im Griff zu haben, aber die Sache verselbstständigt sich. Umrahmt wurde der Vortrag von den zwei jungen Musikantinnen Christina und Maria aus Burgkirchen. Zum Schluss sprach Maria Walch, stellvertretende Vorsitzende der AbL Bayern, über

ihre Gedanken zur Parallele zwischen „Der Zauberlehrling“ und der heutigen Situation und rief die Teilnehmer auf, Verantwortung für sich zu übernehmen. Daneben bestand Gelegenheit, sich mit Informationsmaterial zu versorgen und eine Einwendung gegen die Freisetzung von genmanipuliertem Weizen zu unterzeichnen. Am Sonntag, 03. September 2006, um 14.30 Uhr werden die Mahnwachen am Pestkreuz fortgesetzt. Die AbL-Bayern behandelt dann das Thema: „Agro-Gentechnik = Tod der bäuerlichen Landwirtschaft“.

Andreas Remmelberger



Alfons Schwitz vom Landvolktheater Halsbach als Zauberer.

Bild: Remmelberger

## Schweizer diskutieren EU-Tiertransporte

Schweizer Bundesregierung will Grenzen öffnen

Die schweizerische Bundesverwaltung will den Transit von Schlachttieren aus dem Ausland auf Schweizer Straßen erlauben. Bisher erlaubt die eidgenössische Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten (EDAV) zwar den Transit von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen im Bahn- und Luftverkehr, nicht aber auf der Straße. Letzteres will der Bund nun ändern, um die schweizerischen Richtlinien im Warenverkehr denjenigen der EU anzupassen. Doch es formiert sich Widerstand von Tierschützern und von Bauern. Der „Schweizer Tierschutz STS“ beruft sich auf eine schriftliche Zusicherung des Bundesrates aus dem Jahre 2000, dass bei den bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU das Transitverbot für Schlachttiere beibehalten werde. Das neue Schweizer Tierschutzgesetz beschränkt die Transportdauer auf ma-

ximal sechs Stunden ab Verladeplatz. In der EU gibt es noch keine zeitliche Beschränkung. „Soll die Schweizer Frist für Transporte aus dem Ausland keine Gültigkeit haben?“, fragen sich die Tierschützer. Der Parlamentarier Josef Kunz vom Bäuerlichen Zentrum weist darauf hin, dass sich die Gefahr der Wiedereinschleppung von Tierseuchen stark erhöhen würde. Während in den letzten zehn Jahren in mehreren europäischen Ländern Maul- und Klauenenseuche, Schweinepest oder Vogelgrippe ausbrachen und Millionen von Tieren getötet werden mussten, blieb die Schweiz davon verschont. Experten sprechen von einem einzigartigen Gesundheitsstatus der Schweine- und Geflügelbestände in der Schweiz. Diesen Status wollen viele nicht einer Rechtsangleichung an die EU opfern.

Dr. Michael Götz, Schweiz



Wie bin ich als konventioneller Bauer zur AbL gekommen? Leider über die Grüne Gentechnik. Als wir im Jahr 2000 verunreinigtes Sommer-raps-Saatgut erhielten und erst kurz vor der Blüte davon erfuhren, haben wir den Raps mit einer medienwirksamen Aktion mit Greenpeace abgemulcht. Der Kreisbauernverband war sauer, dass ich damals nicht zu ihnen kam und mich mit solchen „Extremisten“ wie Greenpeace eingelassen habe. Einmal ging ich noch zum Bauernverband – mit der Kündigung.

4,5 Jahre nach der Raps-Aktion hatten wir Betriebsprüfung. Der feine Herr vom Finanzamt machte seine Tasche auf und holte den Zeitungsartikel „Bauer Glöckle fehlen jetzt 7.000 DM“ heraus und sagte: „Das war ja eine Sache mit dem Raps, die Anwaltskosten können Sie natürlich absetzen.“ Ich erwiderte: „Nicht nötig, wir wurden von Advanta ja entschädigt.“ „Ach so“, meinte er, „ist dann die Einnahme verbucht?“

Bei der AbL fühle ich mich jetzt richtig wohl. Am besten ist es, wenn ich mit unseren aktiven Frauen vom Allgäu bis zum Bodensee nach Altenkirchen (zur AbL-Mitgliederversammlung) fahre. Doch selbst an aufreibenden Bemühungen, die CDU von ihrem gottlosen und kurzsichtigen Weg in Sachen Gentechnik abzubringen, kann ich mit den Abl-ern etwas Positives abgewinnen. So ist uns dies bei einer großen CDU-Wahlveranstaltung mit BMELV-Staatssekretär Gerd Müller aus Berlin ganz gelungen. Unser CDU-Mann und Diskussionsleiter war von unseren Fragen und Anmerkungen zur Gentechnik ganz genervt: „Immer das gleiche Thema. Wechseln wir mal auf die andere Saalseite mit den Fragen.“ Aber die Strategie von unserer Bärbel ging wieder auf, die heißt: „immer schön im Saal verteilen“.

Die Grüne Gentechnik ist ein Irrweg. Doch sie ist nicht die erste Sackgasse. Vor ca. 12 Jahren war ich das letzte Mal bei einer Pflanzenschutztagung. Dort wurde uns der Wirkstoff Strobilurin empfohlen: „Er ist so wunderbar, ja fast natürlich, er wirkt gegen alle Blatt- und Ährenkrankheiten.“ Ich habe es natürlich auch verwendet. Nach zwei Jahren war mir klar, dass dieses Zeug mit schuld ist an der Ausbreitung der Fusarien. Doch immer noch ziehen die meisten Berater über die pfluglos wirtschaftenden Bauern her: „Man muss halt das Maisstroh tief unterpflügen.“ Die haben noch nie gehört, dass ein aktives Bodenleben mit vielen Regenwürmern locker 60 dt Stroh zersetzen kann. Aber natürlich nur, wenn das Stroh nicht mit solchen oder ähnlichen Mitteln behandelt wurde. In der Schweinehaltung das gleiche Spiel. Mit einem geschlossenen System

und eigener Nachzucht konnte ich mich bis vor Kurzem nirgends sehen lassen. Das arbeitsteilige System mit seinen Nebenverdienern, große Einheiten, für jede Krankheit eine Impfung – das wurde jahrzehntelang propagiert. Doch der Cirkovirus mit seinen großen Verlusten brachte ein Umdenken, so dass jetzt in der Presse das geschlossene System wieder hochgepriesen wird.

Seit einigen Jahren bin ich Mitglied bei der Interessensgemeinschaft Mischfruchtanbau in Bayern. Bei der diesjährigen Felderbegehung waren wir bei den Biobauern Markus Pscheitl und Josef Braun. Es war beeindruckend, was diese zwei Bauern mit ihrem Fachwissen über den Umgang mit dem Boden, mit Mischfrucht und Kleeuntersaaten erreichen. 300 Regenwürmer je m<sup>2</sup> anstelle von nur 16 wie bei vielen anderen produzieren mehr Stickstoff und lockern den Boden. So ein Boden kann 150 l Regen statt 10 l aufnehmen. Selbst das klimaschädliche CO<sub>2</sub> verschwindet im Boden. Und das alles ohne Monsanto. Dieses Jahr habe auch ich 2,5 ha mit der Mischung Erbse/Hafer/Leindotter nach der „Pscheitl'schen 3-G-Methode“ angebaut: gesät, geschaut, geerntet. Sie steht gut und freut mich jeden Tag.

Georg Glöckle

## Raus aus der Sackgasse

Nach dem heißen Juni-Juli kam täglich ein Schauer oder Gewitter, so dass das reife Getreide nur stundenweise gedroschen werden konnte, aber am Samstagmorgen: Sonne, blauer Himmel und gute Laune rundum.

„Verena (Praktikantin von der Uni Göttingen), du schwadest das gekreiselte Stroh, Beginn 10.00 Uhr.“

„Pascal (Azubi 1. Lehrjahr), du baust die Presse an und schmierst sie ab, wir wollen heute 100 Großballen schaffen!“ Peter drischt erst beim Nachbar elf Morgen Hafer und dann Dinkel bei uns. Inge fährt Stroh pieksen. Martin holt erst Futter und baut dann den Geräteträger um. Elisabeth ist am Wochenende auf einem Esoterikseminar. Ich räume die Triticale aus der Trocknung und fülle den Dinkel von gestern ein; er hat noch 19,7 % Feuchtigkeit. So fing alles gut an.

Aber dann ging's los. Martin verbiegt die Zapfwelle beim Abbau vom Ladewagen. Pascal kommt nicht klar mit der Großballenpresse – die Elektronik stand auf Bindegarn und nicht auf Netzbindung. Michael löst Verena zum Mittag ab; ich löse beim Dreschen ab, Peter hat Theaterprobe. Michael soll Korn fahren – eigentlich wollte er nicht, weil seine Freundin da ist, aber sie findet Ernte cool und motiviert ihn. Dann das Handy: „Ich kann mit dem Hänger nicht mehr vor und zurück, die Auflaufbremse geht nicht.“ Er kommt mit dem anderen Hänger und qualmender Bremse, der Hebel stand nicht auf Lösen!

Inge hat das Strohpieksen nicht geschafft, ihr fiel ein, ihrer Freundin Trekkerfahren beizubringen (sie hat es selbst erst zweimal gemacht).



## Ein Erntetag im August

Es fängt wieder an zu regnen. Ich mache den Mähdrescher aus, um die versäumte Mittagspause nachzuholen. Der Hauptteil vom Gewitter zieht das Möhmetal hoch, nur der Randregen fällt bei uns. Der Himmel wird schon wieder blau – schöne Atmosphäre zum Einnicken. Handy (Verena): „Es regnet, was soll ich machen?“ Ein Nickerchen, es ist nur wenig zum Bauern-Ärgern. Handy (Pascal): „Ich hab' aufgehört wegen Regen und geh' zum Mittagessen.“ Da kommt einer und will Triticale laden, das Umladen geht aber nicht, weil der Sumpf noch mit Dinkel blockiert ist. „Überrede ihn, mit unserem Wagen zu fahren und morgen seinen Wagen wiederzuholen. Und dann wieder zum Pressen, die Sonne scheint wieder!“ Keine Ruhe mehr zum erneu-

ten Einnicken: Mähdrescher an, weiter.

Handy (Verena): „Ich schaffe das Feld nicht mehr bis zum Küeholen, soll ich weitermachen?“ „Mach fertig, die Kinder können die Kühe holen.“

Anruf bei Michael: „Komm' schnell den Wagen holen, da zieht schon wieder ein Gewitter auf.“ Dann kommt der Nachbar, wo wir weiterdreschen wollen, wenn der Dinkel fertig ist: „Du brauchst nicht mehr zu kommen, das Gewitter hat uns voll erwischt, mit Hagel!“

Weiterdreschen – nach einer halben Stunde: Krach. Schneidwerkantrieb gebrochen. Schluss für heute; fast gleichzeitig fängt das Gewitter an.

Abends nach einem „abwechslungsreichen“ Erntetag sind alle dennoch zufrieden. Die Bilanz: drei Wagen Hafer

und drei Fuder Dinkel gedroschen und 139 Rundballen gepresst. Ganz gut für dieses Jahr.

Der Dinkel ist inzwischen ab, Hafer, Sommerweizen und Bohnen warten noch auf besseres Wetter. Trotzdem. Wir bleiben auf dem Lande und kämpfen täglich!

Gyso von Bonin

### Betriebsspiegel

46 ha Ackerland, 1,5 ha Streuobstwiesen  
2,3 ha Wald  
60 Mutterschweine, 350 Mastplätze  
52 KWp Photovoltaik, Hackschnitzelheizung für Haus und Stall  
Konventioneller Betrieb bei Ulm (Baden – Württemberg)

### Betriebsspiegel:

Ackerbau- und Milchviehbetrieb am nordwestl. Rand des Sauerlands (NRW)  
182 ha, vorw. sandige Lehme, 26-45 Bodenpunkte, über 1.000 mm Niederschlag.  
18 Kulturen, inkl. Kleegras und Hackfrüchte.  
50 Milchkühe mit Aufzucht.  
Biolog.-dyn. Bewirtschaftung seit 1980.  
Eigene Ölmühle.  
Zur Zeit leben und arbeiten auf dem Hof 3 Familien mit insgesamt 12 Kindern.  
Dazu Lehrlinge, Praktikanten, Schüler.

## Dürre: BVVG stundet Pachten

Angesichts der Dürreschäden in einigen Regionen bietet die Bodenverwertungs- und -verwaltungs-GmbH (BVVG) ihren Flächenpächtern an, die Pachten für bis zu einem Jahr zu stunden. Die Pachtzinsstundungen werden in aller Regel mit zwei Prozent über dem aktuellen Basiszinssatz verzinst, in besonderen Härtefälle kann auch eine zinslose Stundung erfolgen, so die BVVG. Die Pächter müssen einen vom zuständigen Landwirtschaftsamt bestätigten Antrag stellen. Betriebe, die keine BVVG-Flächen pachten (konnten), haben von der Hilfe nichts. *uj*

## Abokisten vom Handelskonzern

Die beiden britischen Handelsketten Tesco und Sainsbury wollen das Abokisten-System der Biobauern kopieren. Laut *agriholland* werden sie ab Herbst in bestimmten Regionen testweise ein Paket mit Saisongemüsen anbieten, das über Internet bestellt werden kann. Das Gemüse soll „soweit möglich“ aus der Region stammen. *pm*

## Rekordumsatz mit Landmaschinen

Die gesamte Landmaschinenbranche meldet starke Umsatzzuwächse im ersten Halbjahr 2006 gegenüber 2005. Mit 9,5 % legte besonders der Umsatz mit Landmaschinen zu. Ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum erzielten laut Fachverband Landtechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer e. V. (VDMA) die Hersteller von Erntemaschinen für Grünfütter, Getreide und Hackfrüchte. Der Umsatz mit Traktoren stieg insgesamt um 3,8 %. Werden die Importe eingerechnet, setzte die gesamte Landtechnikbranche im ersten Halbjahr 2006 in Deutschland 1,86 Mrd. Euro um. *uj*

## Fahrt mit Pflanzenöl gestoppt

Ein französischer Bauer, der nach eigenen Angaben seit einigen Monaten einen PKW mit reinem Pflanzenöl fährt, ist von französischen Zollbehörden vorübergehend festgenommen worden, wie *Agra Europe* meldet. Dem Bauern namens Oliver Lainé werde Steuerhinterziehung vorgeworfen. Lainé, der die Vorwürfe bestreitet, ist Sprecher der Confédération Paysanne (CP) im Département Seine-Martime. Er bestätigte zwar, dass er reines Pflanzenöl tanke, das Fahrzeug gehöre jedoch zum Betriebsvermögen der Vereinigung für nachhaltige Energie in der Normandie (Eden), an der zwölf Landwirte beteiligt seien. Die CP warf der französischen Regierung Doppelzüngigkeit vor, denn einerseits betone sie die Absicht, die Abhängigkeit landwirtschaftlicher Betriebe zu reduzieren und den Treibhauseffekt zu bekämpfen. In der Praxis jedoch würden regionale Initiativen behindert. Die Regierung setze ausschließlich auf industrielle Biotreibstoffe, die unrentabel seien und ausschließlich der Agrar- und Mineralöllobby nützten. *pm*

## Märka an Sauter

Die Landhandelsfirma Sauter hat die „Märka Märkische Kraftfutter GmbH“ aus Eberswalde übernommen und rückt mit nunmehr 0,9 Mrd. Euro Umsatz in die Spitzengruppe der Agrarhandelsunternehmen vor (Raiffeisen-HGs, Getreide AG, ATR). Erwerber Claus Sauter hat parallel zum Kauf der Märka seine Bioenergie-Aktivitäten in der Firma Verbio AG zusammengefasst, mit 60 % Marktanteil beim deutschen Bioethanol und 20 % beim Biodiesel. Ungewiss ist, ob Sauter die heftig umstrittene Praxis von Märka weiterführt, den Anbauern von gentechnisch verändertem Bt-Mais zu helfen, indem Märka die möglicherweise kontaminierten verunreinigten Ernten der Nachbarbestände aufkaufte. *pm*

## Problem-Wal-Mart an Problem-real

Der US-Handelsmulti Wal-Mart hat seinen Versuch aufgegeben, auf dem deutschen Markt Fuß zu fassen, und seine Märkte an den Metro-Konzern verkauft. Im harten deutschen Handelswettbewerb der Vollsortimenter und Discounter fand Wal-Mart kein eigenes Profil und machte sich zudem wegen fehlender Mitarbeiterrechte unbeliebt. Der Metro-Konzern will die bisherigen Wal-Mart-Häuser in seine „real“-Kette eingliedern, die dem Konzern in letzter Zeit durch seine schlechten Ergebnisse wenig Freude machte und durch umetikettiertes Hackfleisch in die Schlagzeilen gekommen war. *en*

Kurzes am Rande

## Neuer Kampf um BVVG-Flächen

Bauernverband will, dass Pachtverträge um bis zu 25 Jahre verlängert werden. AbL protestiert

Zu dem Preis verkauft der Bund nicht. Das, was die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt für die BVVG-Flächen (Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH) geboten haben, war dem Bundesfinanzministerium viel zu wenig. Dabei hatte Mecklenburg-Vorpommerns Minister Till Backhaus noch im April angekündigt: „Wir kaufen die BVVG-Flächen“. 500 Millionen Euro wollte das Land hinlegen bzw. für entsprechende Kredite bürgen, der Bund forderte das Doppelte.

In Mecklenburg-Vorpommern sind noch rund 232.000 ha im Eigentum des Bundes und werden von der BVVG verwaltet mit dem Ziel, sie zu verkaufen. Das sind 20 Prozent der Agrarfläche des Landes, allerdings liegen für 96.000 ha Anträge zum verbilligten Verkauf nach dem so genannten Entschädigungs-, Ausgleichs- und Leistungsgesetz (EAGL) vor, so dass noch 136.000 ha zur Debatte stehen. In Sachsen-Anhalt sind noch etwa 120.000 ha BVVG-Flächen verpachtet. Die beiden Länder wollten die Flächen an die landeseigenen Landgesellschaft übergeben, damit diese wiederum die Flächen den bisherigen Pächtern langfristig zur Verfügung stellt. Ziel war – und ist –, den Privatisierungsprozess zu verlängern. Der Bund hat ein Interesse daran, von den bisher noch verpachteten Flächen möglichst viele zu verkaufen. Die langfristigen Pachtverträge laufen bis zum Jahr 2010/11 aus.

Till Backhaus (SPD) und seine Kollegin aus Sachsen-Anhalt, Petra Wernicke (CDU), wollen erreichen, dass die bisherigen Pächter nicht vor die Wahl gestellt werden, Geld für den Flächenkauf auszugeben oder die Flächen an kaufkräftigere Betriebe zu verlieren. In Mecklenburg-Vorpommern wird nach Angaben des Bauernverbandes ein Hektar Flächen im Rahmen des EALG (verbilligter Verkauf) mit 2.600 Euro ge-

handelt, im freien Verkauf mit 4.700 Euro (ca. 115 Euro/Bodenpunkt).

### Bauernverbands-Ideen

Auf das Scheitern des Deals zwischen Bund und Ländern hat nun der Landesbauernverband Mecklenburg-Vorpommern mit neuen Vorschlägen im Interesse der bisherigen Pächter reagiert. Er sieht keine gesetzliche Pflicht für die BVVG, nach Auslaufen eines langfristigen Pachtvertrages die Fläche zum Verkauf zu bringen. Vielmehr fordert der Verband, die Flächen erneut langfristig zu verpachten, wobei er an Verträgen von mindestens 12 Jahre denkt. Der Privatisierungszeitraum solle insgesamt um bis zu 25 Jahre verlängert werden. Um damit keine neuen EAGL-Ansprüche entstehen zu lassen, sollten die Pächter eine entsprechende Verzichtserklärung abschließen.

### AbL will Zugang für alle

Der AbL-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern kritisiert die Vorschläge des Bauernverbandes. Denn sie zementierten die einseitige Verteilung der BVVG-Flächen auf einige Betriebe. 70 Prozent der Betriebe seien außen vor geblieben, so die AbL. „Die Flächenvergabepraxis der bundeseigenen BVVG hat bäuerliche Betriebe systematisch benachteiligt. Diese Benachteiligung muss zunächst aufgehoben werden, bevor über die Bodenvergabe neu entschieden wird“, fordert Franz-Joachim Bienstein, Bauer aus Martensdorf (Kreis Wismar) und Landesvorsitzender der AbL. Bienstein weiter: „Aufstockungswillige bäuerliche Betriebe müssen an Land kommen können, um ihre Existenz zu sichern und im Wettbewerb bestehen zu können.“ Diese Position hat der AbL-Landesvorstand auch in einem Gespräch mit Landesminister Dr. Till Backhaus deutlich gemacht. *uj*



20 Prozent des Landes in Mecklenburg-Vorpommern gehört dem Bund. Wer darf da drauf?

Bild: Schievelbein



## Biobauern diskutieren Werte – im Ausland

In Österreich und der Schweiz fordern Bioverbände zur Debatte über das Selbstverständnis, die Entwicklungen und die Ziele auf

Mit der Umstellung auf ökologischen Landbau hat sich bei meinem Grünlandbetrieb nur geändert, dass ich nicht mehr spritze, keine Mineraldünger mehr ausbringe und dass nun ein anderer Futtermittelhändler auf den Hof kommt. Alles andere ist gleich geblieben, einschließlich der Ausrichtung der Beratung auf Wachstum und Leistungssteigerung.“ Dieses Zitat eines Biomilchbauern aus Nordrhein-Westfalen, der hier ungenannt bleiben soll, macht deutlich, dass zwischen der Erwartung an den Biolandbau und der Realität eine Lücke klafft.

In Deutschland werden solche Offenbarungen von Biobauern zu gerne und schnell als Kritik am Ökolandbau an sich gedeutet und somit vor Negativschlagzeilen gewarnt. Die Folge ist nur zu oft, dass solche Kritik unter der Decke bleibt, aber damit ist sie nicht aus der Welt. Wenn sich Biobauern dann auch noch abgehängt fühlen vom Wachstum „ihres“ Biomarktes, weil auch der Biomilchpreis die Kosten nicht deckt und nur sehr langsam etwas ansteigt, ist der Frust vorprogrammiert.

### Bio Austria betont Fairness

„Für Bio Austria als Organisation der österreichischen Bio-Bäuerinnen und Bio-Bauern ist es an der Zeit, die Werte ihrer Gemeinschaft zu diskutieren, neu festzulegen und weiter zu entwickeln“, führt die Verbandszeitschrift in einem Artikel über vier Seiten ein und kündigt damit an, dass der Verband das Thema im Jahr 2007 zum Schwerpunkt machen will

„Bio Austria setzt sich für eine ganzheitliche Fairness-Diskussion ein“, Fairness sei als „Gesamtheit seiner facettenreichen Bedeutung“ zu verstehen. Und dann werden verschiedene Werte aufgeführt, die für den Verband in der Diskussion eine Rolle spielen sollen. Die ersten Punkte stehen auch in der allgemeinen deutschen Diskussion um Ökolandbau an erster Stelle:

- „fair zur Natur“ durch eine nachhaltige, biologische Bewirtschaftung,
- „fair zum Tier“ durch artgerechte Tierhaltung.

Was hier weniger thematisiert wird, sind die sozialen Aspekte:

- „fair zu den Mitmenschen“ durch Verzicht auf Futtermittel aus der Dritten Welt
- und „faire Honorierung der Leistungen der Bio-Bäuerinnen und Bio-Bauern“ – das steht für sich.

Der Verband kündigt an, mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppierungen und Institutionen eine breite Diskussion darüber zu führen, was Fairness für die Weiterent-

wicklung des Ökolandbaus bedeutet. Dazu soll eine „Fairness-Kommission“ gebildet werden – die Debatte bekommt also eine Struktur.

### Schweizer Pendant

So weit sind die Schweizer Kolleginnen und Kollegen der Bio Suisse noch nicht. Aber auch sie denken offenbar über sich selbst nach. Ihr ehemaliger Präsident Ernst Frischknecht wird unter der Überschrift „Wir sollten die Weichen neu stellen“ ausführlich interviewt. Gute Preise und Umstellungsprämien hätten viele neue Landwirte in den Bioverband gelockt, ohne dass diese

fen Gefahr, zum Spielball der vor- und nachgelagerten Betriebe zu werden, wie dies die „normalen Bauern“ bereits sind“, sagt Frischknecht.

Ein Beispiel dafür sei der Umgang der Coop mit den Biobauern. Coop wolle seinen Schlachthof in Basel auslasten und fordere daher von den Biobauern, dass die Schlachttiere aus der ganzen Schweiz nach Basel gefahren werden. Die Bio Suisse habe ihre Richtlinien entsprechend geändert, damit die weiten Lebendtiertransporte erlaubt sind. Frischknecht kritisiert das, denn das sei nicht nur erlaubt, sondern heute sogar üblich. Die Kritik am eigenen Verband ist



Was unter Fairness zu verstehen ist, darüber will der Schweizer Verband Bio Suisse eine breite gesellschaftliche Debatte anstoßen. © BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

sich aber tiefer mit der ganzheitlichen Philosophie des Biolandbaus auseinander setzen, sagt er zum Beispiel. Frischknecht bedauert die Entwicklung der Biobewegung der letzten Jahre, weil das ganzheitliche

scharf: „Die Bio Suisse sollte wieder mehr Generalunternehmerin sein und nicht die Angestellte von Coop und Migros.“

Der Verband reagiert auf die Kritik, zumindest in Ansätzen. Es soll mehr Bildungsarbeit für die Biobauern etwa im Bereich des Gesunderhaltung des Bodens geleistet werden. Zudem hat die letzte Bio Suisse-Delegiertenversammlung die Einführung von sozialen Mindeststandards beschlossen, mit denen eine faire Bezahlung der Arbeit auf den Höfen erreicht werden soll. Frischknecht hatte die Bio Suisse in den Jahren ihres größten Wachstums geführt. Heute blickt er selbstkritisch zurück: „Wir hätten in der Boomphase besser etwas weniger Wachstum in Kauf genommen, dafür die Ausbildung der Umsteller etwas intensiver gestaltet.“ In der Schweiz wirtschafteten 11 Prozent der Betriebe ökologisch. Im Jahr 2005 nahm die Zahl der Biobauern in der Schweiz erstmals leicht ab.



Denken gelitten habe und zu stark auf Wachstum geschaut worden sei. Unter dem Wachstum, das in der Schweiz vor allem über den Einstieg der Handelsketten in die Biovermarktung ermöglicht worden ist, habe die Selbstständigkeit des Bioverbandes gelitten. „Die Biobauern lau-

### Bioland knapp vor Bio-Siegel

Das Bioland-Zeichen ist mit 72,1 Prozent das bekannteste Bio-Siegel bei deutschen Biokäufern. Dies ergab laut Bioland-Verband jüngst eine „Bio-Shopper Studie“, die von der Information Resources GmbH (IRI) durchgeführt wurde. Das staatliche Bio-Siegel, welches den EU-Mindeststandard darstellt, kennen demnach 69,9 Prozent der Biokunden und damit mehr als die Zeichen der übrigen Anbauverbänden.

### Bio Regional

Mittlerweile gibt es in Bayern über 60 verarbeitende Unternehmen des ökologischen Landbaus, die ihre Produkte mit dem bayerischen Öko-Zeichen „Öko-Qualität garantiert – Bayern“ auszeichnen. Damit bekenne sich ein Großteil der wichtigsten Verarbeiter bayerischer Öko-Ware zu den freiwillig höheren Standards, meint Bayerns Minister Josef Miller. Die Qualitätsstandards gehen teilweise über die Vorgaben der EU-Öko-Verordnung hinaus. Auch das „Bio-Siegel Hessen“ findet mehr Anwender. Minister Dietzel übergab das Zeichen Anfang August an eine Bio-Großbäckerei, die u.a. an Edeka liefert.

Im Mai diesen Jahres ging die Schmacks Biogas AG an die Börse. Das 1995 als Familienunternehmen gegründete Unternehmen zählte zu den zweiten Pionieren der Branche. Die 2004 erfolgte Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Rahmenbedingungen für die Biogasproduktion deutlich verbessert. Neben den festgelegten Mindestvergütungen für den eingespeisten Strom können Bonuszahlungen erfolgen, wenn ausschließlich nachwachsende Rohstoffe und/oder Gülle und Schlempe eingesetzt werden. Auch die Nutzung der bei der Stromproduktion anfallenden Wärme und der Einsatz innovativer Technik werden seitdem gefördert.

Für Biogas und die Schmacks AG war dies der Durchbruch. Der Börsengang soll nun für neues Kapital sorgen. Denn das Unternehmen will in Zukunft neben dem Bau von Anlagen selbst in die Stromproduktion einsteigen. Geplant ist eine Kapazität von 50 Megawatt. Das sind 100 Anlagen von der Größe, wie sie derzeit in der Landwirtschaft häufig realisiert werden. Das Investitionsvolumen ist mit 175 Millionen Euro dementsprechend groß.

Die Schmacks AG ist kein Einzelfall. Finanzierung, Bau und Betrieb von Biogasanlagen werden längst nicht mehr nur auf Höfen einzelner Energiepioniere betrieben. Zwar gibt es nach wie vor viele Anlagen, die direkt vom Landwirt gebaut und betrieben werden, aber die enormen Zuwächse des aus Biogas produzierten Stroms werden durch das Interesse der neuen Investoren verursacht.

#### Gute Renditen mit Biogasfonds

Biogas ist ein Renditeobjekt geworden, dem weiterhin ein starkes Wachstum bescheinigt wird. „Wir erwarten ein signifikantes Wachstum der Biogasbranche“, sagt Lars Korinth, Analyst der Hypo-Vereinsbank und prognostiziert ein jährliches Marktwachstum von 30 bis 40 Prozent.

Neben Finanzierungsgesellschaften wie der Disko-Gruppe aus Düsseldorf, die sich auf die Finanzierung von Biogasanlagen spezialisiert hat, sind inzwischen zahlreiche Investmentfirmen mit dem Produkt Biogas auf dem Markt. Das Geschäftsmodell ist schnell erklärt. Die Investmentfirma plant eine Anlage und kalkuliert Kosten und Ertrag. Die Investitionssumme kommt von vielen Anlegern, die ihr Geld zu klaren Konditionen in einen „Biogasfonds“ einbringen. Das so gewonnene Kapital dient zu Errichtung und Betrieb der Biogasanlage. Die erwirtschafteten Gewinne werden über die Jahre an die Investoren ausgeschüttet. Ein Modell, welches bei Windkraftanlagen seit vielen Jahren er-

## Biogas geht an die Börse

Was über Jahrzehnte maßgeblich von Bauern entwickelt worden ist, wollen nun andere abschöpfen

folgreich umgesetzt wird. Erfolg oder Misserfolg solcher Fondslösungen hängen direkt von dem Eintreffen der bei der Planung vorausgesetzten Entwicklungen ab.

Bei Windkraftanlagen scheinen die einzelnen Posten durchaus überschaubar. Für die Errichtung: Grundstück und



Anfang 2006 lieferten in Deutschland 2.700 Biogasanlagen Strom. Gegenüber 2005 ein Zuwachs von 70 %. 2005 wurden bei dem Bau von Biogasanlagen 650 Mio. € umgesetzt.

Foto: Archiv

Windrad. Während des Betriebs sind es Wartungskosten und natürlich Versicherungen.

Das Interesse der Investmetbanker zeigt, dass auch die Biogasproduktion die Pionierzeit hinter sich gelassen hat. Die Herstellerfirmen bieten solide funktionsfähige Technik an. Die Prozesse in der Anlage und die Einflussfaktoren auf den Gärprozess sind bekannt und handhabbar. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist die Vergütung des eingespeisten Stroms sichergestellt. Das Projekt Biogasanlage ist also klar kalkulierbar.

#### Bauern als Rohstofflieferanten

Doch während der Wind für Windräder umsonst weht, wollen Biogasanlagen gefüttert werden. Längst haben nachwachsende Rohstoffe als so genannte Kofermente die Verwendung von Gülle aus den Anfängen der Biogas-Ära als Substrat weit überholt. Dabei wird vor allem Energiemais angebaut, da er mit Abstand den höchsten Hektarertrag liefert.

Der Flächenbedarf hängt dabei direkt von der Anlagengröße ab. Wichtige Einflussgröße ist die Transportentfernung zwischen Feld und Anlage. Entfernungen von mehr als 10 km werden von offiziellen Beratern als nicht wirtschaftlich betrachtet.

Wird eine Biogasanlage von einem reinen Investor konzipiert, der selbst nicht über die landwirtschaftliche Infrastruk-

tur in Form von Flächen, Maschinen und praktischen Kenntnissen verfügt, ergibt sich das Problem der Rohstoffversorgung.

Die Unternehmen sind in diesem Punkt auf die Zusammenarbeit mit Landwirten angewiesen, um die für den Betrieb der Anlage notwendigen Rohstoffe zu

erhalten. Ein wesentlicher Faktor für die Rentabilität der Anlagen, vor allem auch aus Sicht des Anlegers, ist der Rohstoffpreis.

Langfristige Lieferverträge mit Laufzeiten von über 20 Jahren sollen sicherstellen, dass die Versorgung der Anlage zu kalkulierbaren Konditionen sichergestellt ist. Aus Sicht der Investoren ein berechtigtes Anliegen.

Was aber bedeutet die Preisbindung für die Landwirte? Planungssicherheit für zehn Jahre ist mehr, als die EU je zu leisten im Stande war. Die Rollenteilung macht es möglich. Die Betreibergesellschaft mit den Investoren auf der einen Seite, die Rohstoff produzierenden Landwirte auf der anderen. Allerdings

hat man sich auch für viele Jahre gebunden, die festgeschriebenen Konditionen gelten natürlich auch dann wenn die Preise steigen.

#### Ungleich verteilte Risiken

Das Modell bietet den Bauern aber nur auf den ersten Blick Sicherheit. Während die Gewinne aus der Gas- und Elektrizitätsproduktion aufgrund des EEG auf Jahre hin recht gut kalkulierbar sind, trägt der Landwirt das Risiko der schwankenden Ernteerträge. Abhängig von den jährlich veränderten Wetterbedingungen und den daraus resultierenden Erträgen variiert der notwendige Mindest-Erlös von 2,25 €/dt Silomais in schlechten Jahren bis zu 1,17 €/dt in ertragsstarken Jahren. Schon diese Aufstellung macht deutlich, wie schwierig es aus Sicht der Landwirte ist, die Kosten für die kommenden Jahre im voraus zu kalkulieren. Der Einfluss von neuen Krankheiten bzw. Schädlingen (Maiswurzelbohrer) und steigenden Preisen für Saatgut und Pflanzenschutzmittel sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Auch vermag heute niemand zu sagen, wie sich die Preise in den kommenden zehn Jahren entwickeln. Auch eine Preisanpassung von ein Prozent alle zwei Jahre, wie sie in manchen Verträgen vorgesehen ist, kann im Zweifel viel zu wenig sein.

Auch wenn unter dem Motto „Schwarze Zahlen mit Grünem Strom“ erworben wird, bleibt für die Investoren die Rendite das entscheidende Kriterium. Glückliche Bauern, eine nachhaltige Landnutzung und Wertschöpfung in der Region stehen hierzu in klarem Gegensatz.

mn

## „Panorama“ macht Pflanzenöl schlecht

Gefährlicher Öko-Sprit – Untersuchung zeigt Krebsrisiko bei Rapsöl. Diesen Beitrag sendete das Magazin „Panorama“ am 29. Juni 2006. Berichtet wurde über einen Versuch, bei dem Prof. Jürgen Krahl, Chemiker der FH Coburg, eine zehnfach erhöhte Konzentration krebserregender Stoffe in den Abgasen von Pflanzenölkraftstoff gemessen hatte. In Panorama erwähnt wurde auch eine schwedische Studie von 1999, die auf das Lungenkrebsrisiko von Rapsölemissionen hingewiesen hatte. Doch in der Fachwelt gilt diese Studie längst als überholt, denn bei dem von der Mineralölindustrie bezahlten Versuch wurden Biodiesel und Pflanzenöl in einem Ofen bei max. 550° C verschwelt, statt in einem Motor mit hohen Innendrücken und Temperaturen über 1.000° C verbrannt. Auch der aktuelle Versuch von Jürgen Krahl ist in seiner Anordnung zweifelhaft. Gemessen wurde an einem Motor, der weder für Pflanzenöl entwickelt

noch umgerüstet war. Dabei ist längst bekannt, dass die unvollständige Verbrennung eines Kraftstoffs zu höherem Schadstoffausstoß führt. Auch die Qualität des eingesetzten Rapsölkraftstoffs wurde in dem Versuch nicht dokumentiert, obwohl ein Entwurf der Vornorm DIN 51505 bereits seit Juni 2005 vorliegt. Zudem war das Ergebnis des Versuchs vor der Panoramasendung noch nicht schriftlich publiziert und damit der Fachwelt nicht zugänglich. Prof. Krahl hat sich inzwischen von der Verallgemeinerung seines Versuchs distanziert und darf nun an der Folgestudie mitarbeiten, die Staatssekretär Peter Paziorek vom BMELV schon in Panorama angekündigt hat. Fragt sich, wer für den Imageschaden aufkommt, den Pflanzenölkraftstoff durch die Panoramasendung erlitten hat und wie ein so schlecht recherchierter und wenig differenzierter Beitrag überhaupt gesendet werden konnte.

we



**K**raftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen genießen allgemein ein positives Image: irgendwie „biologisch“ produziert, klimaneutral und das Gefühl von Salatöl. Doch das einstige Betätigungsfeld experimentierfreudiger Ökopioniere hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Spätestens seitdem die Steuerbefreiung 2004 auch auf den Biodiesel ausgedehnt worden war, erlebte die Branche ein rasantes Wachstum. Längst sind Landwirte, die sich und ihre Betriebe vom Erdöl unabhängig machen, indem sie die selbst produzierten Ölsaaten pressen und ihre Schlepper mit dem Pflanzenöl betanken, zu Exoten geworden. In der Regel sind die Unternehmen, in denen Biokraftstoffe produziert werden, Großkonzerne und als solche lediglich Abnehmer landwirtschaftlicher Rohstoffe.

### Ethanolproduktion in Deutschland

Eines der führenden Unternehmen im Biosprit-Markt ist die Verbio-AG von Claus Sauter. Im Gegensatz zu andern hat Sauter klein angefangen. Bei einem Besuch der Agritechnika sei ihm die Idee gekommen. Hier kam er vor zehn Jahren an einer kleinen Maschine vorbei, die aus Sonnenblumen Öl presste, mit dem ein Generator betrieben wurde, der wiederum eine Glühbirne zum Leuchten brachte. Dies sei, so Sauter, der Moment gewesen, an dem er wusste, dass hier Geld zu verdienen sei. Inzwischen macht die AG mit mehreren Tochter-Unternehmen einen Umsatz von 200 Mio. Euro. Neben 270.000 t

## Natur in den Tank

### Noch mehr als bei Biogas dirigiert bei Biokraftstoffen die Börse

Bioethanol produziert Verbio 380.000 t Biodiesel. Doch seit der von der EU für 2007 erlassenen Beimischungspflicht von 2,45 Prozent ist in den Markt für Bioethanol Bewegung gekommen. Neben der Verbio AG ist Südzucker einer der bedeutendsten Ethanolproduzenten in Deutschland. Bei der Südzucker AG in Zeitz werden derzeit aus 700.000 t Weizen 260.000 t Ethanol gewonnen. Die Anlage wird nun weiter ausgebaut. In dem neu gebauten Komplex werden dann Überschüsse aus der Zuckerproduktion verarbeitet. Insgesamt liegt die deutsche Bioethanolproduktion bei 1,66 Mio. t.

### Wirtschaftlich nur durch Einfuhrzölle

Betriebswirtschaftlich betrachtet ist die deutsche Ethanolproduktion nur aufgrund der hohen Einfuhrzölle wirtschaftlich. In Brasilien, dem weltweit größten Produzenten, sind die Produktionskosten deutlich geringer. Mit ca. 17 Ct/l betragen die Herstellungskosten für das aus Zuckerrohr produzierte Ethanol nicht mal halb soviel wie das in Deutschland aus Weizen hergestellte (45 Ct/l). Erst durch die Importzölle von derzeit 19,2 Ct/l wird die einheimische Produktion rentabel.

Bei dem Anspruch, in Zukunft nicht nur unabhängig von fossilen Rohstoffen zu werden, sondern die Alternativen auch

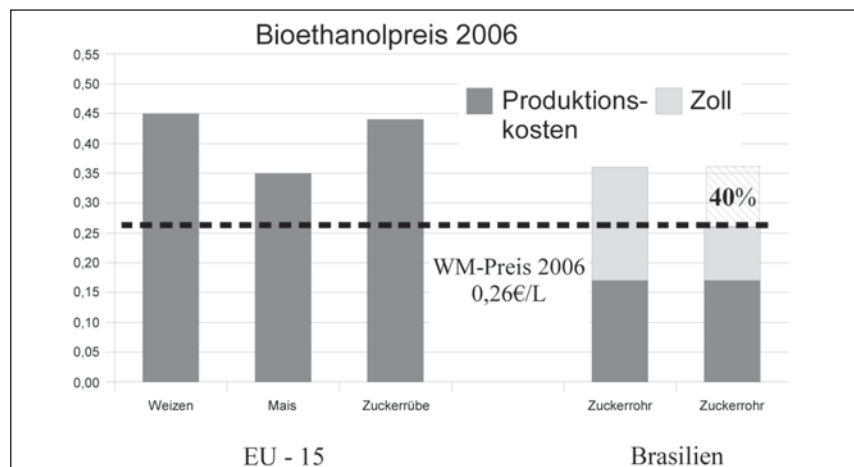
nachhaltig zu produzieren, scheidet ein Transport um dem halben Erdball aber eigentlich schon aus. Allerdings lässt auch die Ökobilanz des in Deutschland produzierten Bioethanols zu wünschen übrig. Die enorme Anlagengröße macht es notwendig, die Rohstoffe über weite Entfernungen anzuliefern. Die bei der Vergärung anfallende Schlempe wird energieaufwendig getrocknet und als Futtermittel wieder abtransportiert. Dabei wäre eine dezentrale Ethanolproduktion ebenfalls möglich.

### Dezentrale Produktionsformen ungenutzt

Eine vom „Verband landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitende Brennereien“

in Auftrag gegebene Studie verdeutlicht dies. Eine dezentrale Ethanolproduktion in kleinen, mittelständischen Brennereien hat eine deutlich bessere Ökobilanz als die industrielle Produktion. Die besten Ergebnisse werden erzielt, wenn die anfallende Schlempe einer angeschlossenen Biogasanlage zugeführt wird. Neben der Stromproduktion kann die produzierte Wärme direkt wieder in der Brennerei verwendet werden. Die Nähe zu den landwirtschaftlichen Betrieben macht kleinere Nährstoffkreisläufe möglich. Auch betriebswirtschaftlich könnten derartig konzipierte Brennereien mit den Großanlagen konkurrieren. Das einzige Hindernis ist derzeit die Blockadehaltung der Mineralölfirmer als potentiellen Ethanolabnehmer. Ihnen sind die Liefermengen der kleinen Brennereien zu gering, sagen sie.

mn



Vergleich der Bioethanolpreise. Die von der WTO geplante Zollreduktion um ca. 40 % würde Bioethanol aus Brasilien Vorteile verschaffen

## Qualitätsanforderungen an Pflanzenölkraftstoff steigen

**I**n die Verwendung von reinem Pflanzenöl als Kraftstoff werden von bäuerlicher Seite große Hoffnungen gelegt. So verdreifachte sich die Anzahl dezentraler Ölmühlen in den vergangenen drei Jahren von 98 auf ca. 300 Anlagen bundesweit. Dabei sollen Bauern und Maschinenringe laut UFOP (Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen) 60 bis 70 Mio. Euro in die neuen Abpressanlagen zur Gewinnung von Rapsöl investiert haben. Zuerst waren Speditionen auf den günstigeren, steuerbefreiten Biokraftstoff umgestiegen. Nun ziehen infolge der Neuregelung der Agrardieselvergütung mit der 10.000 Liter-Kopplungsgrenze große Agrarbetriebe nach.

„Pflanzenöl rechnet sich, da geht es gar nicht um Ökologie“, stellt Dieter Voegelin, Geschäftsführer des Bundesverbands Pflanzenöle, fest. Er sieht in der Pflanzenöltechnologie eine große Chance für die Zukunft des ländlichen Raums. Der Kraftstoff kann dezentral ohne industrielle Großanlagen herge-

stellt werden. So bleibt die Wertschöpfung in der Landwirtschaft.



Pflanzenölbetriebener Schlepper

Zusätzliche Kosten entstehen durch die nötige Umrüstung der Dieselmotoren. Dafür kostet das derzeit noch steuerbefreite Rapsöl 30 bis 45 ct/l weniger. Für die Landwirtschaft hat die Firma John

Deere angekündigt, die motortechnischen Voraussetzungen für die Freigabe von Rapsölkraftstoff zu untersuchen. Auch Deutz und ein französischer Hersteller sollen an pflanzenölauglichen Motoren forschen. Die Qualität des Pflanzenölkraftstoffs wird noch nicht staatlich überwacht. Seit Anfang Juli 2006 existiert eine Vornorm (DIN V 51605). Die UFOP erwartet, dass steigende emissionsrechtliche Anforderungen zur Verschärfung der Norm führen werden. „Das können wir leisten“, versichert Günter Hell, Vorsitzender des Bundesverbands Dezentraler Ölmühlen (BDOEL), der seit einem Jahr die Interessen kleiner, dezentraler Anlagen vertritt (siehe Bauernstimme 7/2005, S.7). Beim BDOEL ist man zuversichtlich, dass steigende Qualitätsstandards auch von kleinen Ölmühlen zu erfüllen sind und setzt auf Qualitätssicherungsprogramme. Politischer Gegenwind weht derzeit in der Steuergesetzgebung: Hatte sich Deutschland Anfang 2004 noch die

Steuerbefreiung für Biokraftstoffe von der EU bis Ende 2009 genehmigen lassen, soll diese nun gemäß Koalitionsvertrag durch einen Beimischungszwang ersetzt werden, der alle bisherigen Entwicklungen bei Reinkraftstoffnutzungen in Frage stellen würde. Während Biodiesel seit dem 1. August 2006 gemäß Energiesteuergesetz mit 9 ct/l besteuert wird (ansteigend bis maximal 45 ct/l im Jahr 2012), bleibt Rapsölkraftstoff zunächst 2006 und 2007 noch steuerfrei. In der Land- und Forstwirtschaft soll die Steuerbefreiung von Biodiesel und Pflanzenöl sogar bis 2012 bestehen bleiben.

Auf den landwirtschaftlichen Flächen stößt Raps inzwischen an seine Grenzen. Derzeit werden 11 Prozent der Ackerfläche in Deutschland mit Raps bebaut. Experten halten 15 Prozent für die absolute Obergrenze. In Mecklenburg-Vorpommern ist diese mit einem Anteil von 20 Prozent schon überschritten.

we

## Gift im Genmais

Forschungsergebnisse geben Anlass zum Zweifel an der Unbedenklichkeit

Im Herbst diesen Jahres läuft die Zulassung der auch in Deutschland angebauten gentechnisch veränderten Maissorte Mon 810 aus. Für einen Anbau im kommenden Jahr muss der Mais neu zugelassen werden. In der Vergangenheit ist das Zulassungsverfahren von Gentechnikkritikern immer wieder wegen seiner Industriefreundlichkeit kritisiert worden. Neben der Praxis, dass die Untersuchungen auf Unbedenklichkeit der manipulierten Pflanzen von den Genetechunternehmen selbst durchgeführt wurden, stand die mangelnde Transparenz des Verfahrens in der Kritik. In vielen Fällen halten die Unternehmen die wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse mit dem Hinweis auf das Firmengeheimnis unter Verschluss. Vor zwei Jahren war es Greenpeace durch einen Gerichtsentcheid gelungen, Monsanto dazu zu zwingen, die Ergebnisse eines Rattenfütterungsversuchs zu veröffentlichen. Die von dem Unternehmen Monsanto selbst durchgeführten Untersuchungen zeigten, dass der Verzehr von Bt-Mais bei Ratten zu deutlich veränderten Blutwerten führte. In der jetzt von Greenpeace veröffentlichten Studie werden alle bisher bekannten Untersuchungen zu den Umweltwirkungen von Bt-Mais kritisch beleuchtet. Entlang einer Reihe von der Maispflanze über den Boden, Bodenorganismen und Kleinstlebewesen wie Regenwürmern, Spinnen und Asseln bis hin zu Wiederkäuern sucht die Studie den Verbleib und die Wirkung des durch den Mais freigesetzten Bt-Gifts aufzuzeigen.

### Bt-Mais nicht gleich Bt-Mais

In Abhängigkeit von der Sorte und den Wachstumsbedingungen produzieren die Mais-Pflanzen unterschiedliche Mengen des Gifts, ohne dass die Gründe hierfür bekannt wären. Dies zeigt sich auch bei Pflanzen derselben Sorten, die in verschiedenen Klimazonen angebaut werden.

### Verbleib des Gifts

Bewiesen ist, dass das vom Mais produzierte Bt-Gift über die Wurzeln an den Boden abgegeben wird. Auch der Pollen und die nach der Ernte auf dem Feld verbleibenden Erntereste setzen Bt frei. Erstaunlich ist die lange Verweildauer des Gifts im Boden. Dieses konnte noch nach 234 Tagen



Genmais gibt Fragen auf! Greenpeaceaktion in Spanien  
© Gustavo Graf/Greenpeace

nachgewiesen werden. Dies ist insofern von Bedeutung, als die europäische Zulassungsbehörde bei ihrer Genehmigung nach wie vor davon ausgeht, das Bt-Gift sei nach wenigen Wochen komplett abgebaut. Eine Prüfung, wie viel Gift nach dem Anbau im Boden verbleibt, muss im Rahmen des Zulassungsverfahrens nicht erbracht werden.

### Unbekannte Wege

Wie kompliziert ein natürliches System, bestehend aus Boden, Pflanzen und Tieren, sein kann wird deutlich, wenn man versucht, den Verbleib des Bt-Gifts in bodenlebenden Tieren zu untersuchen. So ist festzustellen, dass sich das Gift bei verschiedenen Tierarten unterschiedlich stark anreichert. Bei Milben zum Beispiel ist die Konzentration höher als in der ursprünglichen Maispflanze, während Zikaden, obwohl sie sich von denselben Pflanzenteilen

ernähren, eine geringe Giftkontamination zeigen.

### Wer nicht sucht, ...

Ein besonderes Augenmerk lenkt die Studie auf die vielen offenen Fragen. So wurde der Einfluss auf Regenwürmer nicht weitergehend untersucht, obwohl bestehende Untersuchungen einen negativen Einfluss von Bt-Mais auf deren Entwicklung belegen. Ähnliches gilt für Nematoden, die – auch wenn sie manchmal als Schädlinge auftreten – dennoch ihre Rolle im Ökosystem Boden haben.

### Schmetterlinge sind betroffen

Alle bisher erwähnten Lebewesen sind mit dem Maiszünsler, gegen den das Gift in erster Linie wirken soll, nicht eng verwandt. Ganz anders ist dies bei Schmetterlingen. Es verwundert daher auch nicht, dass diese, wenn sie Bt-Mais (d. h. Pollen) fressen, ähnlich hohe Sterberaten aufweisen wie der Maiszünsler.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Zahl der Untersuchungen, die sich mit den ökologischen Konsequenzen eines Anbaus von insektenresistenten Maispflanzen befassen, im Vergleich zu anderen Studiengruppen sehr gering ist. Worin dies begründet ist, darüber kann nur spekuliert werden. Denkbar ist, dass unabhängige Wissenschaftler dieses Forschungsgebiet meiden. In der Vergangenheit kam es gegenüber gentechnikkritischen Wissenschaftlern mehrfach zu regelrechten Hetzkampagnen von Seiten der Befürworter. Ziel war es dabei, die Glaubwürdigkeit der Betroffenen und damit ihre wissenschaftliche Reputation zu zerstören.

### Berechtigte Sorge

Der Stand der Forschung zu dem Verbleib und der Wirkung von Bt-Gift im Boden steckt noch in den Anfängen.

Um so überraschender ist es, dass die europäische Zulassungsbehörde dennoch keine Schwierigkeiten hat, den Bt-Maissorten ihre Unbedenklichkeit zu bescheinigen. Dabei wird übersehen, dass es zahlreiche Indizien gibt, dass Bt-Mais weitreichende Auswirkungen auf das Ökosystem hat. Von seriösen Wissenschaftlern muss in einem solchen Fall erwartet werden können, dass man zuerst seine Wissenslücken füllt, bevor man Industrieunternehmen Freifahrtscheine für den Vertrieb ihrer Produkte erteilt. *mn*

Zu beziehen ist die Studie „Gift im Genmais“ unter [www.greenpeace.de/themen/gentechnik/publikationen/](http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/publikationen/)

## Bt-Baumwolle enttäuscht

Chinesische Wissenschaftler haben festgestellt, dass Landwirte, die Bt-Baumwolle anbauen im Schnitt acht Prozent weniger verdienen als ihre konventionell wirtschaftenden Kollegen. Die von den Saatgutunternehmen versprochenen ökonomischen Vorteile der gegen den Baumwollkapselbohrer resistenten Pflanzen sind nur in den ersten Anbaujahren relevant. Der Anstieg anderer Schadinsekten in den Folgejahren zwingt die Landwirte zum vermehrten Pestizideinsatz. Nach sieben Jahren liegen die Pestizidmengen auf dem Niveau der ohne GVO arbeitenden Kollegen. Das geringere Einkommen ist vor allem in dem bis zu dreimal höhere Saatgutpreis begründet.

pm

## Save our Seeds: Schützt unser Saatgut

Save our Seeds ersatzlos streichen“ lautete die Anweisung. Erscheinen sollte die Anzeige im vom Ministerium ko-finanzierten Einkaufsführer Berlin Brandenburg. Kleinigkeiten sollte man meinen, aber es geht um nicht weniger als die Grundlage landwirtschaftlicher Produktion: Saatgut. Wird Gentechnikfreiheit in Zukunft gewährleistet sein oder werden Verunreinigungen bis 0,9 Prozent bald zur Regel werden? Dies zumindest fordert der Bund Deutscher Pflanzenzüchter. Vor allem von

Bioverbänden, aber auch von vielen konventionellen Landwirten wird immer wieder deutlich gemacht, dass gentechnikfreies Saatgut die Grundlage einer Landwirtschaft ohne Gentechnik ist.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium, in der Vergangenheit immer darum bemüht, seine Neutralität zu wahren und es allen recht zu machen, hat jetzt einen ersten Hinweis gegeben, was hinter seinen Türen wirklich gedacht wird.

mn



Die vom Bundeslandwirtschaftsministerium zensierte Anzeige



## Von Justitia frisch auf den Tisch

Urteile zu Auskunftsverfahren, Gebührenhöhe, Informationspflicht

Trotz Sommerhitze behielten die Richter am Landgericht München einen kühlen Kopf. Sie hatten zwei Gerichtsverfahren zu entscheiden, und die Entscheidungen fielen im Sinne der Bäuerinnen und Bauern aus. Im ersten Urteil bekräftigten sie einmal mehr die Notwendigkeit eines so genannten qualifizierten Auskunftsverlangens. Das heißt, dass die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) erst dann auf Informationen bestehen darf oder gar Schadensersatzansprüche stellen darf, wenn sie, also die STV selbst, Anhaltspunkte für den Nachbau bei einem Bauern bzw. einer Bäuerin auf den Tisch legt.

### Gebührenhöhe unter 50 Prozent

In einem zweiten Verfahren ging es erstmals vor einem deutschen Gericht nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH, siehe Bauernstimme 7+8/2006, S. 15) um die angemessene Gebührenhöhe. Dazu schreiben die Richter in ihrem Urteil: „Während die Rechtsprechung bisher überwiegend davon ausging, dass eine Nachbauggebühr von 80 Prozent der Z-Lizenzgebühr angemessen im Sinne der Vorschriften sei (...), hat der EuGH dieser Auffassung in seiner Entscheidung ... eine Absage erteilt.“ Deshalb kommen auch sie zu dem Schluss, dass auch in ihrem Verfahren nicht mehr als 50 Prozent der Z-Lizenz erhoben werden dürfen.

### Aufbereiter-Urteil

In einem anderen Urteil dieses Sommers, das allerdings ohne Beteiligung und Kenntnis der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze und ihrer Anwälte vor dem Oberlandesgericht in Naumburg verhandelt wurde, ging es noch einmal um die Auskunftspflicht der Aufbereiter. Zwar entschieden die Richter gegen die beklagte Raiffeisen Hauptgenossenschaft, die sich als Saatgut-Aufbereiterin darauf berufen wollte, keine Sortennamen zu kennen, obwohl die STV Aufbereitungsbelege von Landwirten vorlegte, in denen Sortennamen auftauchten. Allerdings betonten die Richter, dass es die Informationspflicht für die Aufbereiter nur gibt, wenn ihnen die Sortennamen von den Bäuerinnen und Bauern mitgeteilt werden. Und diese wiederum sind – wir erinnern uns an die EuGH-Entscheidung – nicht verpflichtet, dem Aufbereiter den Sortennamen zu nennen.

Die STV würde zumindest für nationale Sorten gern eine Saatgutaufzeichnungspflicht bei den Aufbereitern verankern, dem hat das OLG Naumburg nun eine erste Absage erteilt. Mit diesem Punkt werden sich sicher noch mehr Gerichte beschäftigen. Für die anstehende Aufbereitung zur

Herbstbestellung gilt jedenfalls: Weniger ist mehr. Wo in Rechnungen und Belegen keine Sortennamen genannt werden, müs-

sen auch später keine Namen weitergegeben werden.

Claudia Schievelbein



Je weniger Sortennamen auf Abrechnungen der Aufbereiter stehen, desto weniger müssen sich Landwirt und Aufbereiter hinterher womöglich ärgern. Foto: Christian Mühlhausen

## Keine Geschäfte mit Monsanto

Zu spät droht dieser Rat für Kem Ralph zu kommen

Monsanto steckt in einem Dilemma. Einerseits ist es nicht schön, sich sagen lassen müssen, einen Bauern in den Ruin getrieben zu haben. Andererseits muss die Firma eine harte Linie fahren, um sich nicht sagen lassen zu müssen, man könne dem Saatgut-Giganten auf der Nase heruntanzen.

Viel lieber als Kem Ralph, Soja- und Baumwollanbauer aus Tennessee (USA), der es wagte, gegen den Giganten aufzubegehren, indem er Gentech-Saatgut nachbaute, von Nachbarn verpiffen wurde, leugnete, Beweismittel-Saatgutsäcke verbrannte und schließlich zu vier Monaten Gefängnis und 2,9 Millionen Dollar Strafe, Lizenzzahlungen und Prozesskosten verurteilt wurde; viel lieber also als Kem Ralph sind Monsanto die Bäuerinnen und Bauern als abschreckende Beispiele, die nachbauen, vom Nachbarn verpiffen werden und sich dann verängstigt mit dem Konzern einigen. Er kann dann wie ein strenger, aber gütiger Großvater auftreten, in dessen Schoß man geläutert zurückkehrt und nun immer brav unterschreibt und bezahlt, was verlangt wird.

Kem Ralph hat beschlossen zu kämpfen, mit legalen wie illegalen Mitteln, und steht nun vor der Pleite. Mit einem Konkursver-

fahren will er versuchen, den Verkauf der eignen Flächen an einen Konkurrenten, den er für einen Monsanto-Strohmann hält, zu verhindern. Ob erfolgreich oder nicht, die Moral dieser Geschichte wie auch der vielen anderen außergerichtlichen wie auch gerichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Gentech-Giganten sollte sein: „Mache keine Geschäfte mit Monsanto“.

cs

*Mehr über die brutalen Methoden, mit denen Monsanto in Nordamerika gegen Bauern vorgeht, hat das US-amerikanische Zentrum für Nahrungsmittelsicherheit (CSF) 2005 in einem Bericht veröffentlicht. Der Bericht ist im Auftrag von AbL und FaNaL e.V. ins Deutsche übersetzt worden. Die Broschüre Monsanto gegen Bauern (52 Seiten) kostet 4,00 Euro (Selbstkostenpreis) und ist zu beziehen beim Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft, c/o AbL, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, info@abl-ev.de.*



### Freie Sorten

In Frankreich gewann bereits im März der Verein Kokopelli eine gerichtliche Auseinandersetzung mit einer halbstaatlichen Organisation der Pflanzenzüchter. Die hatte Kokopelli verklagt, weil der Verein alte Saatgutvarietäten vertreibt, die nicht im nationalen Saatgutkatalog aufgeführt sind – also nach deutschen Maßstäben nicht offiziell zugelassen sind. Die Richter entschieden trotzdem für Kokopelli und unterstrichen, „dass es im EU-Recht wie auch auf nationaler Ebene einen gesetzlichen Rahmen gibt, der die Eintragung alter Saatgutsorten in einen offiziellen Katalog erlaubt“, so eine Pressemitteilung von Kokopelli.

### Nachbau im Agrarantrag?

Henning Alvermann, neuer Vorsitzender des Bundesverbandes der VO-Firmen (BVO), hat sich in einem Interview mit der Zeitung *Ernährungsdienst* dafür ausgesprochen, die Nachbaugebührenaueinandersetzung dadurch zu lösen, dass Bäuerinnen und Bauern die entsprechenden Informationen mit ihrem Antrag auf Agrarförderung weitergeben. „Die Frage ist, ob dieses System politisch umsetzbar ist“, so Alvermann ...

## Feldbefreiung mit Bach-Musik

Über 300 Menschen haben am 29. und 30. Juli gegen den Genmais-Anbau in Badingen (Brandenburg) protestiert. Die Initiative „Gendreck weg“ hatte zu einer Informationsveranstaltung eingeladen und am nächsten Tag zur Kundgebung und „Feldbefreiung“ aufgerufen. Bei der Ver-



Podiumsdiskussion in Brandenburg

Foto: gendreck-weg

anstaltung mochte sich der Genmaisbauer Eickmann trotz Aufforderung der Veranstalter nicht auf das Podium setzen. Eickmann, Vorsitzender der örtlichen Agrargenossenschaft und Bürgermeister,

meinte, er vermisse wissenschaftliche Studien, die die Risiken der Gentechnik belegen. Von den Gentechnikkritikern höre er nur Propaganda. Außerdem würde er sich voll an das Gentechnikgesetz halten, was er als das schärfste der Welt beurteilte. Schützenhilfe erhielt er bei der Diskussionsveranstaltung von der FDP-Gentechniksprecherin Happach-Kasan und von Prof. Jany von der Bundesforschungsanstalt in Karlsruhe. Sie waren als „Paten für die Genmaisbauern in Deutschland“ nach Badingen gereist, um am Tag darauf mit Herrn Eickmann und ca. 30 Zuhörern unter dem Motto „Kein Faustrecht in Deutschland“ eine eigene Zusammenkunft abzuhalten. AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janssen nahm sich auf der „Gendreck weg“-Veranstaltung die Argumente der Gentechnikindustrie vor und warnte die Bauern, sich in die Abhängigkeit von Monsanto und Co. zu begeben. Er machte deutlich, dass die Kraft der gentechnikkritischen Bewegung in der Vielfalt und in der inhaltlichen Stärke liege und dass man unterschiedliche Aktionsformen akzeptieren müsse. Die Kundgebung am Sonntag, auf der Vertreter aus Frankreich, Schweiz, Polen, Brasilien und die AbL sprachen, nutzten ca. 80 Teilnehmer, um den Maisacker vor Ort von einigen gentechnisch veränderten Pflanzen auf ca. 1.000 qm zu be-

freien. Das Großaufgebot der Polizei mit Reiter- und Hundestaffeln, Räumpanzer sowie einem Hubschrauber konnte die Aktion nicht verhindern und erst im Nachhinein einige vorübergehende Festnahmen verbuchen. Ein erstes Fazit der Organisatorinnen Jutta Sundermann und Anja Becker: „Wir freuen uns sehr. Es ist der Polizei nicht gelungen, unseren entschlossenen Widerstand aufzuhalten. Freisetzungen von genmanipulierten Pflanzen stellen eine große Gefahr dar. Heute haben wir gezeigt, dass wir uns ganz direkt gegen die Gentechnik wehren können. Die Polizei kann die Felder nicht sichern.“ Dem Mitveranstalter und Imker Michael Grolm war im Vorfeld auf Betreiben von Landwirt Eickmann und seinem Monsanto-Rechtsanwalt durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Neuruppin bei Androhung von Zwangsgeld oder Ordnungshaft untersagt worden, den Genmaisacker zu betreten. Unbehelligt von der Polizei hatte schon am frühen Sonntagmorgen die Musikgruppe „Lebenslaute“ auf einem Genmaisfeld in Strausberg ein spektakuläres Überraschungskonzert gegeben und sich eine mehrere hundert Quadratmeter große „Bühne“ verschafft. Zur Aufführung kam die „Bauernkantate“ von Johann Sebastian Bach.

Georg Janssen

### Gentechnikfrei bringt höhere Preise

Die australischen Raps-Farmer profitieren von ihrem gentechnikfreien Rapsanbau. Die großen Zuwächse der europäische Biodieselproduktion haben dazu geführt, dass der Rohstoffbedarf (Raps) nicht mehr allein aus europäischen Quellen gedeckt werden kann. Importiert wird vor allem gentechnikfreier Raps, da nicht alle im Anbau befindlichen GV-Rapsorten in der EU zugelassen sind und in den Anbauländern eine Trennung von zugelassenen und nicht zugelassenen Sorten nicht mehr möglich ist. pm

## Luftballon-Aktion für gentechnikfreie Landwirtschaft

Mit einer Änderung des Gentechnik-Gesetzes will die große Koalition den Verbrauchern das Recht auf eine Ernährung und Natur frei von Gentechnik nehmen

Der Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen führt in Deutschland noch ein Schattendasein. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Gentechnik-Anbauer



für die Verunreinigung der Ernten konventionell oder biologisch wirtschaftender Nachbarbauern durch den Pollenflug ihrer Gen-Pflanzen haften müssen. So schreibt es das Gentechnik-Gesetz vor. Doch die Große Koalition will diese Hürde jetzt empfindlich senken und damit dem großflächigen Anbau von Gentech-Pflanzen in der Landwirtschaft den Weg ebnen: Gentechnik-Anbauer sollen in Zukunft nur noch dann haften, wenn Pollen ihrer Pflanzen Nachbarfelder über einen Schwellenwert von 0,9 Prozent gentechnisch verunreinigen.

Gentechnisch verändertes Erbgut dürfte damit legal auf die Felder von gentechnikfrei arbeitenden Landwirten gelangen, ohne dass Schadensersatz droht. Gentechnische Kontamination würde zur Regel. Verbraucher könnten sich nicht mehr frei für gentechnikfreie Lebensmittel entscheiden.

### Werden Sie aktiv

Im Herbst wird im Bundestag über den Gesetzentwurf der Bundesregierung entschieden.

Die AbL und 29 weitere Umwelt-, Verbraucher-, Bio- und Bauernverbände rufen jetzt auf, dagegen aktiv zu werden und sich an einer großen Ballon-Aktion zu beteiligen. Der Plan: Am Tag, an dem das neue Gentechnik-Gesetz in den Bundestag eingebracht wird, sollen die Ballons tausender Bürger in Berlin den Schriftzug „Genfood – Nein Danke!“ bilden. Die danach entschwebenden Ballons symbolisieren den Pollen der Gentechnik-Pflanzen, der sich unkontrolliert überall hin ausbreitet. Starten Sie online einen Luftballon unter [www.gentechnik-stoppen.de](http://www.gentechnik-stoppen.de) ! Dort finden Sie auch Formulierungsvorschläge für Protestmails an Ihre Bundestagsabgeordneten.

Christoph Bautz/Anne Leonhardt

[www.gentechnik-stoppen.de](http://www.gentechnik-stoppen.de) – Aktionen zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft



## Wer kontrolliert den Anbau genmanipulierter Pflanzen in Rumänien?

Nach Frankreich besitzt Rumänien mit fast 15 Mio. Hektar die zweitgrößte landwirtschaftliche Fläche Europas. Mitte der 90er Jahre haben amerikanische Konzerne das osteuropäische Land ins Visier genommen: mit über 25 genmanipulierten-Sorten wurde experimentiert, GV-Soja auf „Teufel komm raus“ angebaut und zu Lebensmitteln verarbeitet. Ab Januar 2007, synchron mit seiner neuen EU-Mitgliedschaft, hat Rumänien den Gensoja-Anbau verboten.

Im Juni diesen Jahres, anlässlich einer Stippvisite in Bukarest, monierte Stavros Dimas, Umweltkommissar der Europäischen Union, das Fehlen jeglicher staatlicher Kontrolle der Anbauflächen genmanipulierter Pflanzen in Rumänien. Laut Umwelt- und Agrarministerium hat Rumänien 2005 140.000 Hektar Soja, davon 85.000 Hektar gentechnisch verändert, angebaut. Für das gleiche Jahr gab die ISAA (International Service for Acquisition of Agri-Biotech Application) 125.000 Hektar genmanipulierte Soja an. Die US-Konzerne Monsanto und Pioneer, Hauptanbieter von GV-Saatgut in Rumänien, teilten mit, genmanipuliertes Saatgut für 40.000 Hektar verkauft zu haben. Und schließlich sind, nach offiziellen Zahlen des Landwirtschaftsministeriums, 118.267 Hektar für 2006 angemeldet: Nach den Zahlen ergibt sich ein Unterschied von bis zu 40 %. Wie erklären sich diese unterschiedlichen Angaben? „Im Mai diesen Jahres haben wir den schwarzen Markt für Soja-Samen getestet“, sagt uns Gabriel Paun, Programmleiter bei Greenpeace Rumänien. „Ohne die notwendigen Papiere konnten wir mühelos Gen-Samen direkt bei den von Pioneer zugelassenen Händlern kaufen.“ Gensaat-Händler sind gesetzlich verpflichtet, von den Bauern eine staatliche Erlaubnis für Gen-Anbau zu

verlangen. Doch wer hält sich schon an Gesetze, wenn staatliche Kontrollen fehlen? Ein rumänischer Insider gab uns Details. Die Konzernleitung von Monsanto übte schon früh Druck auf rumänische Politiker aus, um auf größtmöglichen Flächen genmanipulierten Soja anzubauen. Ob entsprechende Gesetze bereits in Kraft waren, interessierte die Manager nicht. Die rumänischen Behörden orientierten sich an der lockeren amerikanischen Gesetzgebung, die nicht einmal die Registrierung der genmanipulierten Landfläche oder die Kennzeichnung von Lebensmitteln vorsieht.

### Kosmetische Maßnahmen kurz vor dem EU-Beitritt

Obwohl der Anbau von Gensoja in der Europäischen Union verboten ist, hat Rumänien bereits 1996 Freilandversuche mit Gensoja durchgeführt und 1999 trotz fehlender rechtlicher Normen Gensoja mit dem Herbizid Roundup Ready auch für kommerzielle Zwecke vertrieben. „In Rumänien und Bulgarien weicht der Umgang mit GVO bislang deutlich von der Politik der EU ab. Der rumänische Saatgutkatalog enthielt 1998 und 2002 Pflanzgut von Bt-Kartoffeln der Firma Monsanto, die in der EU nicht zugelassen sind“, teilt uns der Biologe Holger Mette-Christ vom Freiburger Öko-Institut mit. In dem offiziellen Saatgutkatalog sind für 1999 jeweils eine Sorte genmanipulierte Soja und eine Sorte Kartoffeln angemeldet.



Strohbergung in Rumänien

Foto: Greenpeace Rumänien

Im Jahr 2000 zwei Sorten Soja und jeweils eine Sorte Kartoffeln, eine Zuckerrüben- und acht Bt-Maissorten. Schließlich acht gv-Maissorten für 2003. Ob seit drei Jahren tatsächlich auf die Einführung neuer Genpflanzen verzichtet wird, ist unbekannt. In Ru-

mänien fehlt ein Kontrollregister für den Anbau genmanipulierter Pflanzen. Die Verwirrung und Verschleierung beim Anbau spiegelt sich im Lebensmittelmarkt, denn trotz eines entsprechenden Gesetzes werden die Gen-Lebensmittel nicht gekennzeichnet. Und dabei gibt es mehrere staatliche Stellen die hierfür zuständig wären: Die Nationale Administration für den Verbraucherschutz, Nationale Agentur Sanitär-Veterinär und diejenige für Lebensmittelsicherheit.

### Nähe zur USA beeinflusst GVO-Politik

Erst seit 2003 besteht eine gesetzliche Regelung für die Kennzeichnungspflicht von GV-Lebensmitteln: Auf dem Markt findet man kein einziges mit einem Etikett. Solange das Landwirtschaftsministerium keine staatlich anerkannten Labors zulassen wird, bleiben die Reglementierungen wirkungslos. Prof. Ion Toncea, Leiter des „Agroökologischen Forschungszentrums“ in Fundulea, nahe Bukarest: „Wir haben gut ausgebildete Experten, einige davon an westlichen Hochschulen und Labors mit den neuesten technischen Errungenschaften ausgestattet. Dennoch bekommen sie keine Zulassung seitens des Landwirtschaftsministeriums.“ Vielleicht weil Prof. Toncea und sein Team in der USA-Technologie keine besonderen Vorteile für die einheimische Landwirtschaft erkennen können? Obwohl in Rumänien einige engagierte Umweltschutzorganisationen die Gesundheits- und Umweltrisiken thematisieren, „ist das Bewusstsein der Bevölkerung noch äußerst gering“, sagte uns der Freiburger Wissenschaftler H. Mette-Christ. Nicht zuletzt weil die Regierung dieses Thema als Polit-Tabu aus

der Öffentlichkeit zu verdrängen versucht. Doch ein prominenter Kritiker hat sich vor einigen Jahren zur Wort gemeldet: Dragos Dima, der frühere Leiter des Monsanto-Konzerns in Rumänien. Er war mit der Firmenpolitik nicht mehr einverstanden und kündigte. Seitdem ist Dima ein im In- und Ausland viel gefragter Experte für rumänischen GV-Anbau und Landwirtschaft. Ab Januar 2007, gleichzeitig mit Rumäniens Eintritt in die EU, wird der Anbau von genmanipulierten Soja verboten sein. Wie viel die eigene Bevölkerung bis dahin schon konsumiert hat und wie viel exportiert wurde, behalten die Behörden lieber (noch?) für sich.

### Genmais wartet in Startlöchern

Der großflächige Anbau von Genmais ist in Rumänien startbereit: beim ISTIS (Institutul de Stat pentru Testarea si Inregistrarea Soiurilor – Staatliches Institut für Sorten-Tests) experimentiert man seit Jahren mit Gensamen von Pioneer und Monsanto (Bt MON 810). Rumänien hat eine Maisanbaufläche von 3 Mio. Hektar. Davon werden 500.000 mit konventionellen Kulturen (Pestiziden, Düngemitteln und GVO's) und 2,5 Mio. mit extensivem Anbau (wenig Chemie etc.) von Familienbetrieben bewirtschaftet. „Der größte Teil der Bauern benutzt die eigenen, qualitativ hochwertigen Mais-Sorten“, sagt uns Prof. Ion Toncea. Erst als das südosteuropäische Land wegen der Nicht-Einhaltung der Gentech EU-Normen zunehmend in die Kritik der Europäischen Union geriet, haben sich einzelne einheimische Presseorgane dieser Thematik angenommen. Greenpeace und Umweltorganisationen führen mit ausländischen Kollegen gemeinsame Aktionen durch, um die europäische Öffentlichkeit auf die genannten Mißstände aufmerksam zu machen.

Manola Romalo

## Sehr gute Obst- und Gemüsesorten

In dem Land mit kontinentalem Klima lüchsen heute noch „historische“ Obst- und Gemüsearten. Sie wurden von den Gründern der agronomischen Fakultäten und Institute von ihren Auslandsstudien, insbesondere aus Frankreich, Ende des 19. Jhd. eingeführt. Die klimatischen Bedingungen, die reichhaltigen Bodenarten – bis zu 50 Typen und 100 Untertypen – trugen dazu bei, dass eine in Europa seltene Obst- und Gemüsevielfalt hier noch heute wächst. Obstgärten erstrecken sich auf 2.211.000 Hektar, davon 2.069.000 Hektar privat bewirtschaftet, Weinbau auf 2.223.300 Hektar und 2.143.300

Hektar in privatem Besitz. „Der größte Teil der Bevölkerung ernährt sich von Lebensmitteln aus einheimischer Produktion, da 41 % der 22. 673. 328 BewohnerInnen Rumäniens auf dem Land lebt, zuzüglich ca. 6-8 % Kinder und nahe Verwandte. Die meisten versorgen sich mit Milch, Fleisch, Gemüse, Obst etc. aus eigener Produktion,“, informiert uns Prof. Ion Toncea, Leiter der 1999 gegründete Nationalen Öko-Landwirtschaftlichen Föderation (Federatia Nationala de Agricultura Ecologica, Tel/Fax: 0040 242 642044).

Manola Romalo



Die studierte Journalistin Manola Romalo (1969) lebt in Frankfurt. Sie arbeitet als freie Journalistin und Übersetzerin. Seit 1998 ist sie Deutschlandkorrespondentin der Bukarester Tageszeitung „Romania libera“ mit dem Schwerpunkt Politik.

## Nachruf auf Traugott Kappler

Ein guter Freund und Mitbegründer der AbL ist am 28. Juli auf dem Friedhof seines Geburtsortes Kuppigen (bei Herrenberg) zu Grabe getragen worden. Traugott war ein sehr religiöser, ein sehr sozialer, ein sehr entschiedener und ein ungemein fröhlicher Mensch. Seine Herkunft aus einem kleinen bäuerlichen Betrieb hat ihn geprägt; sich zur Wehr zu setzen gegen Ungerechtigkeiten war ihm zur zweiten Natur geworden.



Traugott Kappler.  
Beim 20-jährigen Jubiläum der Bauernstimme 1996 erzählte er den Jüngeren von den Anfängen.  
Foto: Jasper

Nach einer kaufmännischen Lehre arbeitete er in der Landhandelsfirma seines Schwiegervaters lange Jahre als Geschäftsführer. Der Arbeitskreis „Gottesdienst und Musik“ in Herrenberg war eines der Foren, in denen kritische Geister zusammen kamen. Nachdem neben religiösen Fragen

vor allem die Ausbeutung der 3. Welt durch die Industriegesellschaften und die sozialen Probleme der Gastarbeiter in Deutschland wichtige Themen waren, rückten durch Traugott im Winter 1973/74 zunehmend agrarpolitische Themen in den Vordergrund. Es entstand der „Arbeitskreis Junger Landwirte“, in dem sich kritische Bauern sowie einige Agrarstudenten trafen und über die Lage der Bauernhöfe, die Rolle der Genossenschaften und des Bauernverbandes nachdachten.

Traugott war nicht nur einer der Gründungsmitglieder, sondern ohne ihn wäre der Aufstieg von einem Gesprächskreis zu einer Gruppe, die aktiv Interessenpolitik betreibt, wohl nicht möglich gewesen. Er gab beispielsweise die internen Informationen, über die er als Geschäftsführer einer Landhandelsfirma verfügte, an die Bauern weiter (und wurde dafür von einem Genossenschaftsvertreter als „Roter“ beschimpft), er zeigte die Möglichkeit für konkrete Kampfmaßnahmen auf („Braugerstenaktion“, „Apfelaktion“, „Magermilchpulverkautionsregelung“) und half tätig mit, sie erfolgreich durchzusetzen.

Unabhängigkeit im Denken; die Dinge so einfach sehen, wie sie sind, und sie auch so öffentlich darstellen; schonungslose Kritik am Filz aus Bauernverband, Genossenschaften und Parteien; keine Angst vor den Großkopfernten, sondern selbstbewusst die eigene Sache vertreten; ein Austausch mit Verbrauchern und unabhängigen Gewerkschaftlern – das waren zentrale Elemente im Denken und Handeln von Traugott Kappler. Dabei war sich Traugott seiner schwierigen Doppelrolle – zugleich Landhändler und Unterstützer des Widerstandskampfes von Bauern zu sein – sehr bewusst. Bauernverband und Genossenschaften versuchten immer wieder – selbst bei manchen Bauern im Arbeitskreis nicht ohne Erfolg – ihn deshalb als „Störenfried“ auszugrenzen.

Als durch die praktischen Erfolge des Arbeitskreises „Junger Landwirte“ das Interesse an seiner Arbeit, an seiner Analyse der Verhältnisse und an seinen Vorschlägen für Lösungen im Sinne der Bauern und Bäuerinnen immer stärker zunahm, gehörte Traugott zu denjenigen, die an einer kaum mehr überschaubaren Zahl von Veranstaltungen teilnahmen, von den Alpen bis zur Nordseeküste. Kontakte entstanden, die schließlich das „Bauernblatt. Eine Zeitung von Bauern für Bauern“ ermöglichten (Nummer 1, März 1976). Nicht zufällig wurde diese Zeitung viele Jahre in Herrenberg gedruckt.

Traugott ist immer der AbL verbunden geblieben, wenn er auch seit einigen Jahren nur noch selten an Versammlungen teilnahm. Dazu trug eine neue berufliche Tätigkeit ebenso bei wie das Interesse, andere Länder und Menschen kennen zu lernen. Geblieben sind aber die vielen Kontakte zu den alten und neuen Freunden, die über die praktische Interessenpolitik des Arbeitskreises „Junger Landwirte“ entstanden. Peter Grohmann, damals Betriebsrat in einem Stuttgarter Verlag und Mitorganisator der „Apfelaktion“, heute Theaterschaffender und Begründer des Stuttgarter Friedenspreises, war denn auch einer der Trauerredner.

Sechs Jugendliche trugen seinen Sarg zu Grabe. Fünf davon hatten sich ein T-Shirt mit einer Aufschrift gegen die Gentechnik übergezogen – einer nicht. Beides hätte Traugott gefallen: offen seine Meinung vertreten, aber auch, seinen eigenen Weg zu gehen.

Jeder, der ein Stück seinen Lebensweg gemeinsam mit Traugott gehen durfte, ist voll Erinnerung und Dankbarkeit.

*Onno Poppinga*

### Leserbrief

## EU-Vorhaben ist unsere Gefahr

Leserbrief zu „Bio im Discounter“ in Bauernstimme 7-8/2006

Sehr verwundert hat mich in dem Artikel „Bio im Discounter“ die Aussage des Geschäftsführers der Naturland Marktgemeinschaft Große Lochtmann: „Es gilt, die Verbandsware gegenüber EU-Bio abzugrenzen.“ Genau diese Abgrenzungsmöglichkeit ist nämlich in Gefahr, wenn das, was die EU jetzt bei der Novellierung der EU-Ökoverordnung plant, Wirklichkeit wird.

Auch der weitere Artikel suggeriert, dass es auch in Zukunft möglich sein wird, Verbands- und regionale Bioprodukte be-

sonders zu bewerben. Nur für den Fall, dass Sie noch nicht mitbekommen haben, was da im Busch ist: Die EU möchte zwecks „Wettbewerbsgleichheit“ (!) den Verbänden verbieten, ihre Produkte mit dem Verbandslogo auszuloben. Es soll nicht mehr möglich sein, mit Regionalität zu werben (nur noch das EU-Ökosiegel soll erlaubt sein) und auch schwammige Bezeichnungen wie etwa „naturnah“ sollen wieder zugelassen werden, was zu einer kompletten Verbrauchertäuschung führen würde.

Man kann nur hoffen, dass die Betroffenen – Verbände, Biobauern und Biokunden – endlich über dieses dreiste Vorhaben der EU informiert werden und sie sich gegenüber dieser Bevormundung massiv zur Wehr setzen.

*Elke Hochreiter, 84508 Burgkirchen*

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.



## Leserbrief

**Nicht zu Trotteln machen lassen**

zum Artikel von Dietmar Groß „Die Ökopioniere haben ihre Schuldigkeit getan“ sowie „Bio im Discounter“ in der Bauernstimme 7+8/2006

Die von Dietmar Groß immer wieder vorgetragene Kritik an der Entwicklung des Ökolandbaus wird gerne als unabwendbares Schicksal verdrängt. Doch spätestens mit dem Nitrofen-Skandal (2002) hätte jedem Ökooptimisten klar werden müssen, auf welche Schiene der Ökolandbau geraten ist. Auf dem Weg der Pioniere sind zwei wesentliche Signale übersehen oder nicht erkannt worden:

1. Mit der 1991 erfolgten Regelung durch EG-Verordnung, was ökologischer Landbau ist, wurde die klassische Rolle der Ökoverbände durch Gesetz ersetzt.
2. Die staatliche Förderung des Ökolandbaus zunächst über das EG-Extensivierungsprogramm, dann als flankierende Maßnahme über Agrarumweltprogramme und schließlich der rot-grüne Agrarwenderversuch haben den Ökolandbau für Ökonomen, Spekulanten und Discounter interessant und Ökobauern und -verbände abhängig gemacht.

So ist die von den Ökopionieren angestrebte Idee einer anderen, nämlich von Konzernen unabhängigen Landwirtschaft, in den Hintergrund geraten. Die immer wieder kursierende Begründung, dass Ökomilch teurer sein müsse, weil das Ökokraftfutter teurer sei, ist nur ein Beispiel für die geistige Besetzung und Manipulation der Ökoidee durch Dritte. So wie die bäuerliche Idylle als Deckmantel für die Industri-

alisierung der Landwirtschaft benutzt wird, werden Biobauern buchstäblich zum Ökotrottel. In der neuen Verpflichtungsperiode für Agrarumweltprogramme (2007-2013) ist deshalb mit einem rapiden Rückgang der Zahl der Ökobetriebe vor allem in den Mittelgebirgen zu rechnen, weil sie außer Auflagen keinen Sinn mehr darin erkennen. Die Diskussion um Richtlinien, Siegel und Prämien greift aus meiner Sicht deshalb zu kurz. Antworten auf zwei Kernfragen müssen gefunden werden:

1. Wie bringen wir die Idee der bäuerlichen Ökopioniere von einer anderen, unabhängigen bäuerlichen Landwirtschaft in die Köpfe der Bauern?
2. Wie können sich Bauern mehr Anteil an der Wertschöpfungskette sichern, ohne in Arbeit, Auflagen und Konkurrenz als Direktvermarkter zu ersticken?

Die neue EU-Verordnung für die Förderprogramme der zweiten Säule (ELER) hätte dabei helfen können und sollen. Die Finanzierung von ELER ist nur die eine Hälfte, die Ausgestaltung der Programme die andere, und da vermisste ich Impulse von den Verbänden. Wer aber soll Interesse an der Unterstützung einer anderen Landwirtschaft haben, wenn nicht wir selbst. Ohne Antworten auf die formulierten Fragen werden auch die Ökobauern zum Rohstoffproduzenten degenerieren.

Siegfried Jäckle,  
78112 St. Georgen-Oberkirmach

## Leserbrief

**Sensible Wahrheiten verschwiegen**

Leserbrief zu „Bio im Discounter“ in Bauernstimme 7-8/2006

Seitdem ich mich größtenteils mit Lebensmitteln aus dem ökologischen Landbau ernähre, ist mir das Essen aus dem Supermarkt auf den Magen geschlagen. Ich zweifle schon länger die Qualität und deren Preise an. Auf den Punkt gebracht hat es der Artikel in der *Bauernstimme*. Selbst mit dem Logo „bio“ und „öko“ wird es nicht genau genommen. Der Verbraucher wird abermals betrogen, weil er nicht die Hintergründe zu den so genannten „Bio“- und „Öko“-Waren weiß. Er kauft sie, weil sie günstig sind, und – wie er meint – eine bessere Qualität haben. Er wird vorsätzlich getäuscht. Diese Produkte sichern Gewinne. Sie wurden eingeführt, weil man erstens einen Trend beim Verbraucher wahrnahm und daraus Geld schlagen wollte. Diese Rechnung ging auf. Aber für mich sind das keine neuen Nachrichten.

Die Supermärkte und deren Zulieferer klären auch nicht auf über ihr widersprüchliches oder gar täuschendes Handeln. Mit den schon längst bekannten gesundheitsgefährdenden Pestizidrückständen in (einigen konventionellen) Obst und Gemüse, mit der Verschleierung darüber, wer die Agrarsubventionen aus Brüssel einführt, mit dem Verbraucherschutzgesetz, welches mehr der Industrie als den Verbrauchern nützt, kommt halt ein weiterer Skandal hinzu. Bitter ist, dass die Verantwortlichen nicht handeln: alles unter die Oberfläche drücken, so lange es möglich ist. Die Lösung ist, dass wir wieder zu einer Landwirtschaft zurück müssen, die nicht auf Menge setzt, sondern auf Qualität. Schöner Wunsch, oder?

Jens Schmitker, 28217 Bremen

**Tempora mutantur, nos et mutamur in illis**

(Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen.)

An manchen Entscheidungen merkt man bitter, dass man alt wird. Gerade habe ich beim Bioland-Landesverband für das nächste Jahr das Beratungsangebot gekündigt. Hier die Begründung:

„Für uns ist die Entscheidung gefallen:

In den gut 10 Jahren, die noch bis zur Rente bleiben, werden wir keine nennenswerten betrieblichen Entwicklungsschritte mehr durchführen. Unsere Tochter hat nicht vor, die Landwirtschaft fortzuführen, und wir könnten ihr auch nicht dazu raten. Die immer weiter fortschreitende Zersiedlung des stadtnahen Raumes, verbunden mit Beeinträchtigungen des landwirtschaftlichen Tagesablaufs und äußerst unangenehmen Zusammenstößen mit anderen „Landnutzern“ sowie extremer Flächenkonkurrenz unter den Landwirten lässt eine langfristige landwirtschaftliche Nutzung an diesem Standort nicht mehr sinnvoll erscheinen.

Die aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklung lässt für die Zukunft nicht viel Gutes ahnen. Unsere Milchquote ist zu gering, bei utopischen Quotenpreisen an der Milchbörse ist eine Quoten-

aufstockung aber völlig in-

diskutabel. Durch die Kahlschlagpolitik der schwarz-gelben Landesregierung werden uns in den nächsten Jahren wichtige Prämien als Teil des Einkommens fehlen.

Und letztlich geht der allseits beschworene „Bio-boom“ an uns wie an so vielen unserer Berufskolle-



... aus Westfalen

gen, die vor 20–25 Jahren ihre Betriebe umgestellt haben, vorbei. Unsere Direktvermarktung, die 20 Jahre lang ein lohnender Betriebszweig und ein willkommenes Zusatzeinkommen zur landwirtschaftlichen Produktion war, befindet sich wie auf so vielen Höfen in einem dramatischen Rückgang.

Wir Pioniere haben allen persönlichen Verunglimpfungen zum Trotz bewiesen, dass der ökologische Landbau die wirtschaftliche Basis für eine bäuerliche Landwirtschaft sein kann. Ja, wir waren erfolgreich, wir haben den Ökoanbau gesellschaftsfähig gemacht. Aber damit haben wir uns leider zu Tode gesiegt. Der Ökoanbau ist in der Gesellschaft angekommen, in kürzester Zeit bei den Discountern und den Großstrukturen in Handel und Verarbeitung. Auch auf landwirtschaftlicher Seite gibt es längst die Strukturen, die den Erfordernissen dieser Handelspartner entsprechen. Mögen diese neuen Pioniere erfolgreich sein! Wir sind es nicht mehr.

Vor diesem Hintergrund erscheint uns ein kostenpflichtiges Bioland-Beratungsangebot für unseren Betrieb nicht mehr sinnvoll. Wir werden unseren Betrieb noch konsequenter als bisher als „Low budget Produktion“ führen. Dazu gehört natürlich auch, dass wir alle Ausgaben für freiwillige Mitgliedschaften etc. streng ökonomisch bewerten.

Natürlich sind das keine erfreulichen Erkenntnisse, aber es hat ja keinen Sinn, vor den Realitäten die Augen zu verschließen.“

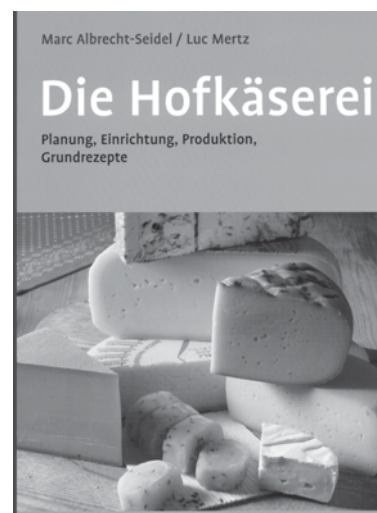
## Die Hofkäserei

Die sinkenden Milchpreise veranlassen viele Betriebe, darüber nachzudenken, ob eine eigene Weiterverarbeitung eine betriebswirtschaftlich interessante Alternative sein kann. Die beiden Autoren, Marc Albrecht-Seidel und Luc Mertz, sind seit vielen Jahren in der Beratung und Forschung im Bereich der Käseherstellung tätig. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen geben sie einen Überblick der Arbeitsabläufe und der notwendigen Maschinen. In dem Kapitel „Die Käseherstellung“ werden die einzelnen Arbeitsschritte der Käseproduktion dargestellt. Neben Fragen

der Qualitätssicherung gibt das Buch Hilfen bei der betriebswirtschaftlichen Planung. Am Ende werden zahlreiche Rezepte und Ablaufpläne für bewährte Käsesorten aufgeführt.

Die vielen aus der Praxis stammenden Empfehlungen machen das Buch nicht nur für Einsteiger lesenswert, sondern können all denen helfen, die sich mit dem Neuo- oder Umbau einer Käserei beschäftigen.

*Die Hofkäserei 130 Seiten, 29,90 Euro  
Zu bestellen AbL-Verlag. ISBN-10:  
3-8001-4209-0*



### Filmtipps der AbL Heide-Weser:

## „Sieh zu, dass Du Land gewinnst“



Die 17-jährige Nike wird von heute auf morgen vor die verantwortungsvolle Aufgabe gestellt, den kleinen elterlichen Hof bei Hannover vor dem endgültigen Aus zu retten. Die sonst eher zurückhaltende junge Frau wird zur Kämpferin. Nikes bisheriges Leben als Auszubildende im hannoverschen Ausländeramt wird komplett auf den Kopf gestellt.

Auch die Beziehung zu ihrer besten Freundin Suse verändert sich radikal, vor allem, weil Suse die sich anbahnende Freundschaft zur Erntehelferin Milena mit Argwohn beobachtet. Darüber hinaus traut Nikes Vater ihr die neue Aufgabe als Bäuerin nicht zu. Eine Intrige stellt Nike vor eine große

Herausforderung, an der sie über sich hinaus wächst.

Der Film wurde in Berlin und in Leese bei Nienburg gedreht.

Die Regisseurin Kerstin Ahlrichs wurde 1966 in Westerstede geboren und studierte an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin, seit 2003 sorgt sie bei den Berliner Filmfestspielen für die Kinobetreuung der Sektion „Panorama“.

*Do, 14.9.06, 18.00 und 20.15, Cine City Verden, [www.koki-verden.de](http://www.koki-verden.de), [info@cine-city.de](mailto:info@cine-city.de), Tel (ab 16.30) 07 00 00 93 26 90, Fax: 04231-932657*

## „Aaltra“

Frankreich/Belgien 2004, Tragikomödie

Der Landwirt Ben und der Pendler Gus sind Nachbarn in einem kleinen belgischen Dorf und können einander nicht ausstehen. Außerdem sind beide unglücklich mit ihrem Leben. Ein Zufall führt zu einem Streit; in weiterer Folge zu einem Unfall mit einer landwirtschaftlichen Maschine (der Marke „Aaltra“), nach dem sich heraus stellt, dass beide querschnittgelähmt sind. Selbstmord kommt für sie

nicht in Frage, statt dessen treten sie eine recht seltsame Reise nach Finnland an, um den Hersteller der Unglücksmaschine ausfindig zu machen. Während dieser Reise verändert sich die Beziehung zwischen den Streithähnen und ihre Sicht auf das Leben. *Mi, 27.9.06, 20.15, Cine City Verden, [www.koki-verden.de](http://www.koki-verden.de), [info@cine-city.de](mailto:info@cine-city.de), Tel (ab 16.30) 07 00 00 93 26 90, Fax: 04231-932657*



## Kino im Kuhstall

Zum zweiten Mal präsentiert die Hofkäserei Märkischer Landmarkt Kino-Filme in ungewöhnlicher Umgebung.

Am 22. und 23. September gibt's für kleine und große Kinofans und die Kühe vom Biohof Spelsberg 2 Kinder- und 4 Erwachsenenfilme im Kuhstall zu sehen:

Am Freitag, den 22.09.06 starten um 17 Uhr „Prop und Bertha“ die Kindervorstellung. Der Animationsfilm zeigt das Leben von Bauer Prop und seiner Kuh Bertha.

Um 19.30 Uhr wird der französische Erfolgsfilm „Eine Schwalbe macht den Sommer“ gezeigt.

Nachteulen können bei den „Late-Night-Movies“ ab 22 Uhr schwelgen; am Freitag um 22 Uhr zeigt die Käserei „Chocolat“ (ein Film nicht nur für Schokoladenliebhaber). Samstagabend (23.09.) zur gleichen Zeit „Brot und Tulpen“. Beide Filme werden „kulinarisch“ von der Käserei begleitet. Am Samstag, den 23. September läuft der Kinderfilm „Das Geheimnis der Frösche“, und in der Abendvorstellung um 19.30 Uhr „Wir können auch anders“, der bekannte deutsche Spielfilm von Detlef Buck. Vor und nach dem Abendfilm hat man genügend Muße für Gaumenfreuden

am Buffet und Weinstand oder für einen Käseinkauf im Hofladen.

*Abend- und Spätvorstellungen 7 Euro pro Person, Kindervorstellungen 4 Euro.*

*Eltern können das Kino zusammen genießen während ihre Kinder der Märchenerzählerin Ellen Junkereit lauschen, die von 19.30-21.00 Uhr Sagenhaftes aus dem Sauerland erzählt. Der Kostenbeitrag für die Märchenstunde liegt bei zwei Euro pro Kind und 5 Euro pro Erwachsenenem.*

*Kartenvorverkauf: Hofladen der Käserei (Mi und Fr 14.30-17.00 Uhr), ☎ 02334-441555*



# Erinnerung für die Zukunft

Auch wenn erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe derzeit die Medien beherrschen, sollte man nicht vergessen, dass in Deutschland fast 13 Prozent des Stroms in Kernkraftwerken produziert werden. Kein sauberer Strom, wie spätestens seit Tschernobyl jedem bekannt ist. Aber auch, wenn alles nach Plan läuft, produzieren die Kraftwerke strahlenden Müll. Wohin damit? Im Salzstock von Gorleben tief unter der Erde suchte man nach einem Lagerplatz. Doch der Salzstock ist als Endlager untauglich. Ziviler Widerstand formierte sich. Gorleben wurde zum Inbegriff der Anti-AKW-Bewegung.

In dem Buch, besser Bildband: „Erinnerungen für die Zukunft“ sind Eindrücke der Proteste festgehalten. Von gelben Kreuzen und grünen Männern, Traktoren und Beton, aber vor allem von Menschen wird berichtet. Die vielen Bilder zeigen die Facetten des Widerstands. Zeigen wie Jung und Alt sich gegen eine staatliche Übermacht zur Wehr setzten. Ganz nach dem Motto des wendländischen Widerstands: „Wir stellen uns quer“

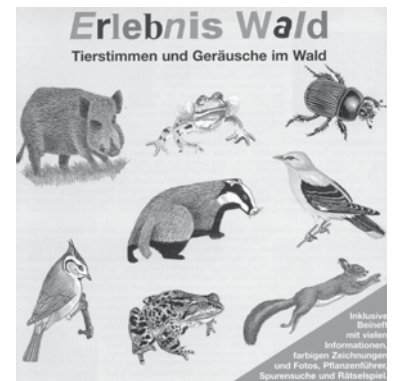
Der Bildband „Erinnerung für die Zukunft“ kann für 12 € beim Abl Verlag bestellt werden.



Kurzes am Rande

## Der Wald als Hörerlebnis

Nicht nur Vögel singen in unseren heimischen Wäldern, auch andere Tiere lassen sich an ihren typischen Geräuschen erkennen. Sei es das Grunzen des Wildschweins, wenn es in der Erde nach Nahrung wühlt, oder das leise Piepen der Waldmaus. Die neue CD „Erlebnis Wald“ entführt auf einen akustischen Spaziergang durch unsere Wälder. Da lauscht man der Morgenstimmung mit dem Konzert der Vögel als Gesamtkunstwerk, aber auch einzelne walddtypische Stimmen und Geräusche von Vögeln, Säugetieren, Lurchen, Insekten und nicht zuletzt dem Mensch (Baumfällarbeiten) werden wiedergegeben. Auf Erläuterungen eines Sprechers wurde bewusst verzichtet. So eignet sich die CD auch gut zur Entspannung, wenn der echte Wald mal fern ist. Ein 32-seitiges Begleitheft bietet kurze Erläuterungen zu den einzelnen Geräuschen und Abbildungen der Tiere, ein Waldlexikon mit Hintergrundwissen, einen Pflanzen- und Tierspurenführer sowie ein heraustrennbares Rätselspiel zum Wiedererkennen der Waldgeräusche. Die CD bietet fast 80 Minuten reinen Waldklang für die ganze Familie – zum Kennenlernen oder einfach Entspannen.



„Erlebnis Wald - Tierstimmen und Geräusche im Wald“, Audio-CD, 78:54 Min. + 32 S. Begleitheft, 12,95 Euro, ISBN 3-935329-47-4, Bezug: [www.tierstimmen.de](http://www.tierstimmen.de), [vertrieb@ample.de](mailto:vertrieb@ample.de), Edition AMPLE, Am Graspoint 44, 83026 Rosenheim, Tel: 08031-269412, Fax: -463787

## Lebendige Dörfer

„Lebendige Dörfer und vitale ländliche Regionen sind mehr als Romantik, sie sind für unser Gemeinwesen von entscheidender Bedeutung“, so Hermann Witter von der Ev. Akademie Baden im Vorwort zu der neu erschienen Publikation „Lebendige Dörfer – Zukunftsmodelle für Kirchen und Kommunen im Ländlichen Raum“. Doch welche Entwicklungschancen bieten sich Kommunen und Kirchengemeinden in ländlichen Gebieten? In sechs kurzen Beiträgen zeigen die Autoren erfolgreiche Beispiele auf. So beschreibt Ulf Häbel, Dorfpfarrer und Bauer, wie eine Elterninitiative im hessischen Freienseen eine Dorfschule neu gründet, oder Friedrich Hildenbrand, Landwirt in Nüstenbach, wie mit Hilfe eines Fördervereins die alte Dorfkirche in Mosbach-Nüstenbach renoviert wird, wofür der Gemeinde das Geld fehlte. Die kleinste Raiffeisenbank Deutschlands in Gammesfeld stellt ihr Leiter Fritz Vogt vor. Die Publikation zeichnet sich durch kurze Texte aus, die gelungene Anregungen geben.



Hermann Witter (Hg.): Lebendige Dörfer – Zukunftsmodelle für Kirchen und Kommunen im Ländlichen Raum; Herrenalber Protokolle, Schriftenreihe der Ev. Akademie Baden, Band 120, 45 S., broschiert, 7,00 Euro, Karlsruhe, 2006, ISBN 3-89674-123-3.

## Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe  2006  2005  2004  2003  2002  2001  2000  
 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € **NEU!!!** \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** \_\_\_\_\_ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € \_\_\_\_\_ €

weitere Bücherwünsche:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

**(Klein) Anzeigen****Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, **Anzeigenschluss für BS Oktober 2006 ist am 20. September.**

**Hof und Arbeit**

● ExistenzgründerInnen auf Ökohof (Milchv., Ackerb.) 50 km westl. v. Bln gesucht. Gute Vorauss. vorh., sich z.B. mit Hofkäserei, Gemüseb., Direktverm. od. Beherbergungsbetr. eine selbst. Existenzgrundl. zu schaffen. Bes. erwünscht sind nette Leute, gerne auch mit Kindern, zur Vervollst. d. Hofgem. Wohnmögl. auf d. Hof: Mietwhg., ausbauf., z.Zt. 2 1/2 Zi., Kü., B., Ztrhzg. E-Mail: [existenzgruende@web.de](mailto:existenzgruende@web.de)

● Biobetrieb in Frankreich (Bergregion Ariège, Saint Girons) 160 ha, mehrere Gebäude, Prämienrechte, Fleischrin-

derhaltung ganz oder teilweise zu verpachten.

Infos: Estelle George, CIVAM d'Agriculture Biologique d'Ariège, Tel/Fax: 0033-5 61 64 01 60, E-Mail: [civambio09@free.fr](mailto:civambio09@free.fr)

**Tiermarkt**

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Die neue Abteilung unter [www.kartoffel.de](http://www.kartoffel.de) für den Handel von gebrauchten und neuen Maschinen mit Kartoffeltechnik zwischen Kartoffelbauern sowie Handelspartnern:

**[www.technik.kartoffel.de](http://www.technik.kartoffel.de)**

-- ausschließlich Technik, die direkt oder indirekt mit dem Kartoffelanbau zu tun hat -- übersichtlich sortiert nach **Feld/ Straße** und **in und um das Lager** -- nach den Vorstellungen von praktizierenden Kartoffelbauern -- Bilder können eingestellt werden -- günstiger Preis -- Test-Angebot kostenfrei !!

**EZG für Qualitätskartoffeln Neuburg Schrobenhausen**

**KONGRESS  
LÄNDLICHE RÄUME  
IN DEUTSCHLAND  
ENTWICKELN**



mit Wolfram Güthler, *DVL*  
Heino von Meyer, *OECD*  
Dr. Jan Swoboda, *Leader+*  
Uwe Brendle, *BfN*  
Udo Hemmerling, *DBV*  
Rudolf Strasser,  
*Landwirtschaftskammer Österreich*  
Hannu Vesa,  
*Generaldirektor der  
Provinz Etelä-Savo, Finnland*

**am 16.09.2006 von 10-17.30 h  
in Berlin im Deutschen Bundestag**

**Infos: Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag,  
Büro Cornelia Behm MdB, T. 030/227 53228,  
[laendlicher-raum@gruene-bundestag.de](mailto:laendlicher-raum@gruene-bundestag.de)  
→ [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) → Service → Termine**

**Gentechnik und Hunger**

05. September 2006,  
48317 Rinkerode  
Vortrag und Diskussion mit Antonio Andrioli, Sozialwissenschaftler und Agrarexperte aus Brasilien  
20.00 Uhr im Pfarrzentrum Rinkerode, Info: Johannes Deventer, ☎ 02538-663

**Ernährungssicherheit im Fokus**

05. September 2006, Münster  
06. Sept. 2006, Viersen-Dülken  
Wissenschaftliche Einschätzung der lebensmittelbedingten Risiken und Strategien zur Erreichung einer Ernährungssicherheit. Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, ☎ 0251 599-0, Fax: -432, Hiltrud.Krieter@lwk.nrw.de

**Grüne Gentechnik**

08. September 2006, Münster  
Auf dem Podium: Svenja Schulze, MdL, Sprecherin der SPD Landtagsfraktion NRW im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Ulrich Kelber, MdB, Stellv. Fraktionsvors. der Bundestagsfraktion, Schwerpunktbereiche Umwelt, Verbraucherschutz und Landwirtschaft; Heinz-Josef Thüneke, Geschäftsf. Bioland-LV NRW; Klaus Brunsmeier, Landesvors. des BUND NRW; Andreas Thierfelder, Monsanto Deutschland  
19.00 Uhr im Graphikmuseum Pablo Picasso, Königsstraße 5, 48143 Münster, Kontakt: Friedrich-Ebert-Stiftung, Ursula Clauditz, ☎ 0228 883-342, Fax: -491, [clauditu@fes.de](mailto:clauditu@fes.de)

**Kindergarten auf dem Bauernhof**

08. bis 10. September 2006,  
Altenkirchen  
Initiativen stellen sich vor. Vertieft wird der Einfluss von Naturerfahrung und Tierbeziehung auf die seelische Entwicklung von Kindern.  
Anmeldung: Hans-Heiner Heuser, Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951646, Fax: -70206, [heuser@lja.de](mailto:heuser@lja.de)

**Wandel als Chance**

21. bis 23. September 2006, 39365 Ummendorf  
Veranstaltung anlässlich der Verleihung des Europäischen Dorferneuerungspreis 2006 mit Workshops zu EU-Agrarpolitik, erneuerbare Energien, Qualitätsstrategien, Bildungseinrichtungen und Vorträgen zur Zukunft der Dörfer Europas.  
Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung, Walpurga Mayr, ☎ 0043 1 5330797-21, Fax: -90, [mayr@oesfo.at](mailto:mayr@oesfo.at), [www.landentwicklung.org](http://www.landentwicklung.org)

**Alles Banane?**

23. September 2006, Hamburg  
Podiumsdiskussion zu Produktionsbedingungen.  
15.30 Uhr im Hamburger Umweltzentrum, Karlshöhe 50 d, 22175 Hamburg  
Kontakt: UmweltHaus am Schüberg, ☎ 040 605-1014, Fax: -2538, [schoenberger@haus-am-schueberg.org](mailto:schoenberger@haus-am-schueberg.org)

**Veranstaltungen****Werkstätten für behinderte Menschen**

27. und 28. September 2006,  
Teutoburger Land  
Die Exkursion für und zu Werkstätten für behinderte Menschen im Grünen Bereich führt in den Raum Lippe/Teutoburger Wald.  
Anmeldung: Claudia Leibrock, Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951646, Fax: -70206, [leibrock@lja.de](mailto:leibrock@lja.de)

**IBBK BIOGAS-Studienreise**

30. Sept. bis 06. Okt. 2006  
Die Reise führt zu Anlagen in Süddeutschland u. Österreich Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), ☎ 07954 926-203, Fax: -204, [www.biogas-Zentrum.de/ibbk](http://www.biogas-Zentrum.de/ibbk)

**Demo Gentechnikfreies Bayern**

30. September 2006, Nürnberg  
10.30 Aufstellung der Traktoren, 11.00 Uhr Demonstrationszug von der Pillenreuther Straße, Höhe Aufseßplatz (vom Südausgang des Nürnberger Bahnhofs in 3 Minuten zu erreichen), 12.00 Uhr Kundgebung am Jakobsplatz mit Arthur Stein, Vors. der Landesver. für den öko. Landbau (LVÖ); Franz Ehrnsperger, Neumarkter Lammsbräu; Sonja Friedrich, Bio-Bäuerin; Gerhard Monninger, Umweltbeauftragter der ev. Kirche in Bayern; Umweltreferent der katholischen Kirche in Bayern, angefragt; Franz Mages, Vorsitzender des Zeidlervereins; Edith Lirsch, Vors. der AbL; Prof. Hubert Weiger, Vors. des Bund Naturschutz in Bayern Kontakt: Bund Naturschutz in Bayern, ☎ 0911 81878-21 oder -0, Fax: 0911 869568, [ursula.erlwein-blasi@bund-naturschutz.de](mailto:ursula.erlwein-blasi@bund-naturschutz.de)

**Gentechnik – Gott bewahre!**

30. September 2006, Hamburg  
Es informieren: Joachim Pohlmann, Biologe vom Demeter-Gärtnerhof am Stüffel; Ulrike Bickel, Gentechnik-Expertin beim kath. Hilfswerk Misereor; Margit Baumgarten, Propstin im Kirchenkreis Stormarn; Martin Hofstetter, Agrar- und Gentechnikexperte bei Greenpeace Deutschland; Bernd Voß; Milchbauer, AbL; Ines Tretau, Schweine- und Geflügelbäuerin  
18.30 Uhr im Gemeindehaus der Christuskirche Eimsbüttel, 15 Uhr bis 19 Uhr Infostände von Greenpeace, FIAN usw., Kirchenbüro: ☎ 40 65 55; [www.kirche.eimsbuettel.de](http://www.kirche.eimsbuettel.de)

**Bundeskongress Ländliche Räume**

05. Oktober 2006, Berlin  
Der Kongress des BMELV ist Auftakt zu mehreren Konferenzen in verschiedenen Regionen Deutschlands.  
Anmeldung: g+h communication GbR, Rhan Gunderlach, ☎ 030 236 246-02 od. -03, Fax: -04, [info@gundh.com](mailto:info@gundh.com), Infos: [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

**AbL Sachsen/Thüringen Bauernschmaus**

07. Oktober 2006, Kohren-Sahlis  
Zum gemütlichen Beisammensein bei Kaffee, Kuchen und am Grill

sind die AbL-Mitglieder aus Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt sowie die Leser der Bauernstimme und alle interessierten Menschen herzlich eingeladen.

ab 16.00 Uhr in der Alten Schäferei Altmörbitz bei Marianne Rothe, Kohrener Str. 3, 04655 Kohren-Sahlis. Um Anmeldung bis zum 27. Sept. wird gebeten unter Fax: 037323-15864 oder E-mail: [c.moormann@vr-web.de](mailto:c.moormann@vr-web.de)

**Gerechtigkeit jetzt!**

13. bis 15. Oktober 2006  
Für das erste bundesweite Aktionswochenende plant die Welt-handelskampagne „Gerechtigkeit jetzt!“ Puppenparaden, Infostände, unfaire Wettkämpfe usw. Jeder kann mitmachen.  
Nina Sachau, ☎ 0228-3681010, [sachau@gerechtigkeit-jetzt.de](mailto:sachau@gerechtigkeit-jetzt.de), Tipps für Aktionen: [www.weltweit-taube-ohren.de](http://www.weltweit-taube-ohren.de).

**BÖLW Herbsttagung**

19. Oktober 2006, Berlin  
Die diesjährige Herbsttagung wird als Workshop durchgeführt und ist Auftakt für das BÖLW-Projekt „100 % Bio: Perspektive für Deutschland“.  
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW), ☎ 030 28482-300, Fax: -309, [www.boelw.de](http://www.boelw.de)

**Bundesschau Niederungsgrind**

21. Oktober 2006, Groß Kreutz bei Berlin  
Mit Verkaufskollektion tragender Rinder und gekörter Bullen. Das Deutsche Schwarzbunte Niederungsgrind ist als milchbetontes Zweinutzungsgrind besonders geeignet für Betriebe, die grundfutterbetont füttern.  
Infos: H. J. Euler, ☎ 06638-355; Onno Poppinga, ☎ 05673-3540; Hansgeorg Löwe, ☎ 03535-3048

**AbL Rheinland-Pfalz Agrarpolitische Tagung**

28. Oktober 2006, Altenkirchen  
Agrarpolitik vor aktuellen Herausforderungen – Zukunft der Nebenerwerbslandwirtschaft.  
BAG eJl, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, [leibrock@lja.de](mailto:leibrock@lja.de)

**Landwirtschaftl. Studienfahrt**

14. bis 28. November 2006, Südbrasilien  
Besucht werden landw. und kirchl. Einrichtungen, die Kleinbauernorganisation Assesoar und der Itaipu-Staudamm. Teilnahme an zwei Vorbereitungsseminaren wird vorausgesetzt sowie Auswertungseminar. Mindestalter: 18 Jahre!  
Referat Ländlicher Raum, ☎ 0521-14 03 42, Fax: 15 06 21, [laendlicherraum@kirchundgesellschaft.de](mailto:laendlicherraum@kirchundgesellschaft.de)

**AbL Tagung**

17. - 19. November 2006, Altenkirchen  
Agrarpolitische Tagung in Kooperation mit der BAG eJl und AbL-Mitgliederversammlung  
Infos: AbL oder BAG eJl, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, [leibrock@lja.de](mailto:leibrock@lja.de)





**Wir bewegen uns –  
FÜR eine Land- und Lebensmittelwirtschaft  
OHNE Gentechnik !**

**Samstag, 30. September 2006  
Kursaal, Sportstraße 7, 34508 Willingen-Usseln**

- 10.00 **Bauern und Verbraucher in Bewegung für eine Landwirtschaft ohne Gentechnik** mit Heike Moldenhauer, BUND, und Annemarie Volling, Koordination Gentechnikfreie Regionen in Deutschland
- 10.45 **Das neue Gentechnikgesetz und politische Rahmenbedingungen** mit Wolfgang Köhler, BMELV, angefragt, und Benny Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft und save our seeds, anschließend Diskussion
- 13.30 **Milch ohne Gentechnik – und es geht doch!**  
Erfahrungen aus Österreich: Markus Schörpl, AG Gentechnik-frei erzeugte Lebensmittel; aus Sicht der Upländer Bauernmolkerei: Karin Artzt-Steinbrink, Geschäftsführerin Upländer Bauernmolkerei; Erfahrungen aus Diskussionen von Greenpeace mit Molkereien in Deutschland: Alexander Hissting, Greenpeace-Landwirtschaftsexperte; Diskussion
- 15.30 **Wagnis Agro-Gentechnik. Ethische Aspekte der gentechnischen Veränderung von Pflanzen** mit Georg Hofmeister, Studienleiter Pfarrer evangelische Akademie Hofgeismar

im Anschluss:

- 16.30 **Besuch Upländer Milchmusem**  
19.00 **kulinarisch-literarisches Abendprogramm (Kostenbeitrag 15,- Euro)**

**Anmeldung erforderlich:** Upländer Bauernmolkerei, Frau Anja Sobczak, Tel. 05632 9486-11, Fax: -30, sobczak@bauernmolkerei.de, www.bauernmolkerei.de

Auf Anfrage auch Transfer von/nach Bhf Kassel-Wilhelmshöhe möglich.



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361  
**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
**Elbe-Weser:** Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
**Südnieders.:** Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
**Vorpommern:** Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859  
**Brandenburg:** Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

### Hessen

**Mittelhessen:** Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995  
**Nordhessen:** Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga, Tel.: 05673/3540

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Norbert Worm, Roemerstr. 1, 54568 Gerolstein, Tel.: 06558/8621  
**Vorsitzender:** Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636, E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

**Landesverband:** Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org  
**Regionalgruppe Pfaffenwinkel:** Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,  
**Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach:** Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039  
**Franken:** Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

### Sachsen / Thüringen

**Landesverband:** Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ € zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung  
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

# Kuh-Handel

## Unser Umgang mit einem Nutztier

N

och bis zum 15. Oktober ist in Maihingen bei Nördlingen im großen „Rieser Bauernmuseum“ die Ausstellung „Kuh-Handel – Vom Umgang mit einem Nutztier“ zu besichtigen, als Gemeinschaftswerk von fünf regionalen bayerischen Museen: Eine Fülle von Geräten, Modellen, Bildern und Tafeln schafft bei den Besuchern ein anschauliches Bild von der Bedeutung des Rinds und seiner Haltung im Wechsel der letzten Jahrhunderte.

Die kulturhistorische Ausstellung zeigt die Kuh als Wirtschaftsfaktor und Handelsobjekt, in der Volksmedizin und in der Magie, als Lieferant von Milch und Fleisch, als Wohngenosse und Arbeitsgefährte des Menschen, als Versuchsobjekt für Embryotransfer und in-vitro-Befruchtung bis hin zur verwalteten Kuh und zu den „Kuhparaden“ und Kunst-Events. Sie zeigt das Rind als Werbe- und Sympathieträger, als Zeichen des Evangelisten Lukas und als Schutzpatron der Metzger. Sprichwörter und Redewendungen verraten viel von der ehemaligen Bedeutung des Rindes: Das englische Wort „cattle“ besitzt den gleichen Wortstamm wie „Kapital“, und „pecunia“ (lateinisch: Vermögen, Geld) leitet sich ab

von „pecus“ (lateinisch: Vieh). Beeindruckend die riesigen Bilder von den großen Viehmärkten in den Städten unter freiem Himmel. Die „Ochsentour“ war früher der Transport von ausgewachsenen fränkischen Gangochsen per Eisenbahn in die norddeutschen Zuckerrüben-Gebiete, wo sie zunächst in der Ernte halfen und anschließend mit Rübenprodukten gemästet wurden.

Mit echten Rindern werden viele Menschen heute eher selten konfrontiert, stattdessen mit der Vielzahl von

Milchprodukten und Produkten, die aus Milch gemacht werden. Rund 25.000 Kosmetika und Medikamente enthalten Rinderbestandteile als Wirk- und Hilfsstoffe.

Vergessen ist längst die Bedeutung des Rindes als Zugtier: Noch 1952 gingen 39 Prozent aller bayerischen Milchkühe im Gespann. Und kaum jemand weiß, dass um 1800 die alten Landrassen selten mehr als zwei Liter Milch am Tag gaben. Über Verbesserungen in Zucht und Fütterung entstand aus dem Mehrzweckrind die moderne Hochleistungskuh mit einer Tagesleistung von 30 bis 70 Litern Milch. Die Entwicklung der Bestandsgrößen, der Melktechnik und der Ställe wird



Plakate der Ausstellung.

Fotos: Niemann

ebenso dokumentiert wie die Veränderung der Preis-Kosten-Relationen in der Milchviehhaltung.

Hier setzen auch die kritischen Fragen der Ausstellung an: „Ist die Kuh die Dumme, die geduldig den Abfall unserer Gesellschaft frisst, sich melken lässt und zuletzt ihre Haut zu Markte trägt?... Der Dumme könnte auch der Bauer sein, mit seinen Existenzsorgen und den vielen Arbeitsstunden, um Subventionen bangend, in Abhängigkeit von einer multinational verflochtenen Futtermittelindustrie.... Wird dann der Verbraucher wirklich als letzter lachen und sich die Hände reiben, wenn er weiterhin Agrarprodukte zum Billigtarif beziehen kann? Weiß er, welchen Preis er zahlt?“ Die Ausstellung beschreibt vor allem die Rinderkrankheit BSE als Ausdruck dafür, dass das Rind mit unerlaubten Futterzusätzen zum Produktionsfaktor herabgewürdigt wurde, die zwei vor der Massenkeulung geretteten Kälber „Phoenix“ und „Jeanne d' Arc“ als Hoffnungsträger für eine Wende im Umgang mit unserem wertvollsten Nutztier, dem Rind.

Eckehard Niemann

## unabhängige Bauernstimme: Für angenehme Ochsentouren

9/2006

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnenten Datum Beruf  
 (bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 492221